



Wahlprogramm der AfD Wolfsburg zur Kommunalwahl 2021

Vorwort

Was wir bisher für Sie getan haben:

Liebe Mitbürger,

2016 sind wir zum ersten Mal zur Kommunalwahl in Wolfsburg angetreten. Das war ein voller Erfolg und Sie haben uns mit 10,5% ein starkes Votum mit auf den Weg gegeben. Dafür noch einmal ein großes Dankeschön!

Dank Ihrer Unterstützung konnten wir mit einer starken Fraktion von fünf Ratsmitgliedern die Politik unserer fast 16000 Wähler in allen maßgeblichen Ausschüssen stimmberechtigt vertreten.

Seitdem haben wir fünf Jahre für Sie gekämpft!

Wir haben uns gegen die ungesteuerte Massenzuwanderung gestellt, gegen das Resettlement-Programm der EU genauso, wie gegen das Ansinnen der anderen Parteien, Wolfsburg zu mehr Zuwanderung im Rahmen der Seebrücke zu verpflichten.

Für uns ist die Aufnahme im Rahmen unserer Möglichkeiten maßgeblich, sowie die gelungene Integration von Zugewanderten in unsere Gesellschaft.

Darum haben wir auch unangenehme Dinge angesprochen, z.B. mögliche Integrations-Hemmnisse und Schwierigkeiten und uns im Ausschuss für Migration und Integration, dessen Vorsitz wir hatten, für eine Anpassung des Integrationskonzeptes „Vielfalt leben“ stark gemacht.

Hier konnten wir wichtige Impulse geben. Einer weiteren Änderung des Integrationskonzeptes im Sinne von mehr Einwanderung und parallel-Kulturen haben wir uns in den Weg gestellt.

Im Beirat Kulturentwicklungsplan haben wir darauf bestanden, dass die Frage geklärt wird, welche kulturellen Aktivitäten gefördert werden sollen, um eine Multikultur zu verhindern und stattdessen unser kulturelles Erbe zu bewahren. Mehrere Anträge und Anfragen thematisierten die Reduzierung von Flüchtlingskosten sowie 2018 den starken Anstieg beim Sozialleistungsbetrug.

Wir haben unsere Stimme erhoben, wenn Grünflächen bebaut werden sollten und haben konstruktive Vorschläge vorgebracht, um die Wohnbebauung zu entzerren und gegebenenfalls dem veränderten Bedarf anzupassen. Darum wollten wir weniger hoch bauen und zuerst die begonnenen Baugebiete entwickeln, bevor neue in Angriff genommen werden. Bei den Planungen zur Nordhoff-Achse haben wir uns für die Kleingärtner eingesetzt und Ersatzflächen gefordert.

Im Sinne unseres Kommunalwahlprogrammes haben wir uns für eine Verkehrsstrategie eingesetzt, welche die Anbindung der B188 an die Dieselstraße und eine Ampel-freie Kreuzung am Sankt-Annen-Knoten vorsieht. Die Verschwenkung der L290 haben wir mitgetragen und setzen nun auf eine schnelle Umsetzung.

Wir haben unser Konzept für einen Busbahnhof am Nordkopf zur Abstimmung gestellt. Die Grüne Route haben wir mit beschlossen und setzen auf eine bessere Vernetzung von ÖPNV und anderen Verkehrskonzepten.

Wir haben der Steuergeld-Verschwendung mit guten Vorschlägen und schließlich einem eigenen Haushaltsplan im Rahmen des KGST-Prozesses den Kampf angesagt.

In unseren Reden zu den Haushaltsbeschlüssen haben wir die falsche Politik von SPD und CDU angeprangert und uns der immer höher werdenden Verschuldung entgegengestellt. Unnötige Ausschüsse, unnötige Stellen in der Verwaltung (z.B. Klimamanager) und zementierte Strukturen wollten wir abschaffen und dadurch die Effizienz steigern.

Durch einen Antrag wollten wir einen Personalausschuss einrichten, der bei der Besetzung von Stellen in der Verwaltung den Oberbürgermeister berät.

Wir haben mit dafür gesorgt, dass die Bürger die Straßenausbaubeiträge nicht mehr zahlen müssen.

Steuererhöhungen und ungerechtfertigt steigende Gebühren haben wir abgelehnt. „Der Staat nimmt bereits viele Steuern ein und muss lernen damit auszukommen“, war immer unser Credo.

Wir erteilten der Einführung einer Zweitwohnungssteuer eine Absage und versuchten diese durch Änderungsanträge zumindest abzuschwächen indem wir Ausnahmen für Wohnungen verlangten, die nur über ein Zimmer ohne eigenes Bad oder eigene Küche verfügten (Untermieter). Damit wollten wir besonders Studenten und Menschen mit geringem Einkommen helfen.

Auch in der Corona-Krise haben wir vernünftige Maßnahmen als Gegenmodell zum Lockdown eingebracht und zur Abstimmung gestellt. In den Ausschüssen des Rates haben wir immer wieder darauf hingewiesen, dass die Maßnahmen verhältnismäßig sein müssen und weder unseren Kindern, unseren älteren Mitbürgern noch der Wirtschaft schaden dürfen. Weiterhin haben wir einige kritische Anfragen zum Thema PCR-Test, Impfsicherheit und Maskenpflicht gestellt.

Im April stellten wir eine Resolution „Lockdown beenden, Risikogruppen schützen“ im Rat der Stadt zur Abstimmung.

Die Klage eines unserer Mitglieder verhinderte, dass die ungerechtfertigten Ausgangsbeschränkungen fortgesetzt wurden. Das Verwaltungsgericht Braunschweig gab uns Recht!

Die AfD klagt derzeit gegen die Änderung des Infektionsschutzgesetzes und setzt sich auch im Land und im Bund dafür ein, dass sich wieder der gesunde Menschenverstand durchsetzt, statt Alarmismus.

So auch bei der Klimapolitik, die sich immer mehr zu einer Ersatzreligion entwickelt hat, ohne auf die Zukunftsfähigkeit unserer Industrie zu achten und zu hohen Strompreisen und ausufernden Verboten und Auflagen führt.

Windkraft ist nicht gleich umweltfreundlich, E-Antriebe nicht gleich sauber und Diesel nicht gleich schmutzig. Mit diesen Narrativen haben wir aufgeräumt und demonstrierten vor der VW-Wache unter Beteiligung von Bundes- und Landespolitikern.

Naturschutz haben wir mit klugen und wichtigen Infrastrukturmaßnahmen verbunden. So haben wir einerseits Naturschutzgebiete mit ausgewiesen und andererseits den Weg für ein interkommunales Gewerbegebiet an der A2 offengehalten.

Im Sinne der Gewässer- und der Lebensqualität haben wir angemahnt, die Gänsepopulation zu begrenzen.

Wir wollten verhindern, dass weitere Kunstrasen-Sportplätze gebaut werden noch bevor das Thema wegen der Feinstäube und der Gewässerschädlichkeit aktuell wurde.

Besonders wichtig war uns, den Schutz der Igel durch überfahren mit Mährobotern zu verhindern. Darum starteten wir eine Initiative, den Gebrauch von Mährobotern am Abend und in der Nacht zu verbieten.

Blühflächen und Bienen und Insektenschutz haben wir mehrmals auf die Tagesordnung gebracht. Zuletzt durch unsere Anfrage nach Insektiziden auf städtischen, verpachteten Flächen.

Unsere Argumente gegen die gendergerechte Sprache haben wir deutlich vorgebracht. Eine vom Mainstream verdrehte Sprache wird es mit uns nicht geben!

Wir setzten uns wiederholt dafür ein, dass behindertengerechte Spielplätze gebaut werden und Behinderte bei der Planung von Neuanlagen berücksichtigt werden. Aufgrund unseres Antrages wurde die Möglichkeit geschaffen, Ratssitzungen für Gehörlose zu übersetzen. Daher gibt es nun das Potsdamer Modell auch in Wolfsburg.

Die Innenstadt wollen wir für Autos offenhalten und wir widersprachen höheren Parkgebühren. Der Verkehr muss fließen, der Handel gut erreichbar sein!

Wolfsburg ist eine Auto-Stadt und soll es auch bleiben und darum stellten wir uns bereits zu Anfang der Wahlperiode mit unserem Resolutionsentwurf vor den größten Arbeitgeber der Region und seine Mitarbeiter.

Unsere Fraktion wollte die Aufstockung der Polizei und der Feuerwehr analog der gewachsenen Bevölkerung initiieren und wir begleiten den Bau einer neuen Feuerwache positiv und in Blick auf die Kosten konstruktiv-kritisch.

Da wir uns unserer Verantwortung und unserer Geschichte bewusst sind, haben wir die Planungen zu einer Gedenkstätte am Laagberg konstruktiv begleitet. Unser Focus liegt auf der Umsetzbarkeit und den Kosten und wir haben uns dementsprechend in den Beratungen eingebracht. So konnten wir erreichen, dass die Quadratmeterzahl des geplanten Gebäudes reduziert wurde.

In allen Ausschüssen und Beiräten haben wir uns rege und konstruktiv beteiligt und oft eine Gegenposition eingenommen, was dazu führte, dass überhaupt mal wieder eine andere Meinung als die der Großen Koalition zu vernehmen war. Unsere Reden waren von Freiheit, Demokratie, Augenmaß und Realitätssinn geprägt.

Ohne uns wären viele Vorhaben der anderen Parteien nicht einmal mehr diskutiert worden! Wir haben die Debatte erweitert und die anderen Fraktionen gezwungen, sich zu erklären und sich unseren Argumenten zu stellen.

Wir hoffen, ganz im Sinne unserer Wähler und unseres Grundsatzprogrammes ihre Erwartungen erfüllt zu haben und bitten erneut um Ihre Unterstützung, denn wir wollen auch weiterhin für Sie tätig sein!

Mehr als je zuvor braucht es eine Alternative zum Mainstream auch im Rat der Stadt Wolfsburg!

Als Fraktion haben wir in den fünf Jahren eine Menge Erfahrung gesammelt und gut zusammengearbeitet. In unserer Fraktion gab es keinen Fraktionszwang und keinen Streit. Wir folgen guten Ideen statt Abgrenzung und Ideologie, darum stimmten wir auch für gute Anträge der anderen Fraktionen ohne Scheuklappen und Voreingenommenheit. Was unserer Stadt nützt, das unterstützen wir!

Unsere Geschäftsstelle hat sich immer weiter professionalisiert und hat zahlreiche Bürgerkontakte gehabt, gute Gespräche geführt und hat ihren Anregungen und Anfragen kompetent als Ansprechpartner gedient.

Weil Wolfsburg unsere Heimat ist und immense Herausforderungen vor uns liegen, z.B. bei der Digitalisierung und der Innenstadtentwicklung, wollen wir erneut in den Rat der Stadt einziehen und sind bereit, auch zukünftig Verantwortung zu übernehmen.

Wir wollen weiterhin ihre Stimme für Wolfsburg sein!

Inhalt

Vorwort	1
Inhalt	5
Bürgerwille statt Bürokratie	6
Transparenz und Neutralität der Verwaltung	6
Gendersprache	7
Familien und Kinder haben Vorrang	8
Kindererziehung ist Privatsache	8
Ehrenamtliches Engagement fördern	8
Schule und Bildung	9
Schulverpflegung	9
Digitalisierung in den Schulen	9
Was Schule leisten soll	10
Für den Erhalt der Förderschulen	10
Ganztagsschulen	10
Sprachkompetenz	11
Für eine vernunftorientierte Debattenkultur	11
Kultur	11
Feste und Tradition erhalten	12
Asyl und Einwanderungspolitik	12
Sichere Heimat statt sicherer Hafen	13
Der politische Islam gehört nicht zu Deutschland	14
Demokratiefeindlichem Islamismus entgegenzutreten	
Unser Land – Unsere Regeln!	14
Das Gesetz steht über der Religion	14
Sicherheit für unsere Bürger	15
Altenpflege	16
Palliativmedizin	16
Krankenhaus und Gesundheit	16
Hebammen aktiv unterstützen	17
Pflegesschulen	17
Corona	17
Bewegung und Sport	18
Umwelt und Naturschutz	18
Wald und heimische Wildtiere schützen und den positiven Wert der Jagt anerkennen	19
Weidetierhalter schützen – Wolfspopulation begrenzen	20
Klimabündnis	21
Umwelt und Energie	21
Unwirtschaftliche Alt-Windenergieanlagen zurückbauen	22
Autostadt Wolfsburg	23
Verkehr	23
Die Idee der Bürgerbusse vorantreiben	24
Innenstadtentwicklung	25
Infrastruktur und Wohnungsbau	26
Familien beim Eigenheimbau unterstützen	29
Kommunale Finanzen, Steuern und öffentliche Ausgaben	29
Lokaler Einzelhandel in Zeiten nach dem Lockdown	31
Digitalisierung	32
Hoheitliche Aufgaben, Daseinsvorsorge und Privatisierung	33
Wirtschaft und Arbeit	33
Soziales	34

Bürgerwille statt Bürokratie

Die AfD Wolfsburg bekennt sich uneingeschränkt zur kommunalen Selbstverwaltung gemäß Art. 28 Grundgesetz.

Damit die kommunale Selbstverwaltung dauerhaft gesichert und verbessert werden kann, brauchen wir mittelfristig eine Erhöhung des kommunalen Anteils am Steueraufkommen des Landes.

Wir fordern mehr Mitsprache der Bürger in der kommunalen Selbstverwaltung.

Wir verfolgen weiterhin das Ziel von mehr direkter Demokratie, Volksentscheiden und Volksbegehren auch in Wolfsburg nach dem Schweizer Vorbild.

Bis es soweit ist, wollen wir dass die Bürger im Rahmen der Bürgerbeteiligung „Bürgermitwirkung“ nicht nur umfassend aufgeklärt werden, welche Vorhaben die Stadt hat, sondern auch mitentscheiden und mit entwickeln können, wie der Bereich in dem sie leben, sich entwickeln soll. Dies kann in partizipativen Workshops, Befragungen oder Online-Abstimmungen geschehen. Vorbild ist für uns die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Spielplatzgestaltung, wie es bisher bereits gelebt wird. Wolfsburg hat bereits ein Konzept, die Bürger zu beteiligen, aber oft entscheiden am Ende immer noch Gremien oder Beiräte hinter verschlossenen Türen. Oft kann man nicht einmal nachvollziehen, wie man zu dieser Entscheidung gekommen ist. Manchmal wird sogar Ratsfraktionen dieser Einblick verwehrt. Das ist nicht hinnehmbar, da es der Korruption und der Einflussnahme durch Dritte Tür und Tor öffnet!

Transparenz und Neutralität der Verwaltung

Gegen die Hinterzimmer-Politik!

Der Bürger muss kostenfrei alle Informationen erhalten und im Rahmen der Bürgerbeteiligung frühzeitig über geplante Entscheidungen der Verwaltung und der Räte informiert werden.

Es darf keine nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte mehr geben, in denen richtungsweisende Themen hinter verschlossenen Türen angesprochen und entschieden werden.

Dies gilt insbesondere auch für alle finanz- und haushaltsrechtliche Themen, denn Transparenz fördert die Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen bei Steuer- oder Gebührenerhöhungen ebenso wie das Kostenbewusstsein auf der Ausgabenseite. Wir wollen die Verantwortlichkeiten von politischen Entscheidungsträgern transparenter gestalten.

Die Öffentlichkeitsarbeit werden wir verbessern. Wer die Wahrheit unterdrückt oder Falschinformationen und geschönte Statistiken zu verantworten hat, ist für den öffentlichen Dienst ungeeignet.

Die öffentliche Kommunikation der Gemeinden ist größtenteils von den vorherrschenden Parteien und deren Interessen geprägt. Einzelne Entwicklungen werden als krisenhafte Probleme dargestellt, vermeintliche Verursacher präsentiert und politisches Handeln gegen diese Gruppen als unausweichlich dargestellt.

Wir wollen die Pflicht der Gemeinden zur politischen Neutralität in ihren Medienauftritten sicherstellen. Internetauftritte und Gemeindeblätter dürfen nicht für politische Propaganda missbraucht werden.

Die Ausgründung von städtischen/kommunalen Aufgaben in unzählige GmbHs und kommunale Firmen sehen wir skeptisch. Die Wirtschaftlichkeit und Sinnhaftigkeit wollen wir streng prüfen. Die Führungs- und Aufsichtsgremien müssen nach Eignung, Befähigung und Leistung besetzt und die Vergütungen transparent, sparsam und wirtschaftlich gehalten werden. Wir lehnen den Ausverkauf von kommunalen Betrieben an Privatunternehmen ab.

Wir wollen, dass die im Rahmen des KGST-Prozesses versprochene Durchleuchtung der Stadt-Tochter-Gesellschaften endlich vorangeht!

Wir fordern weiterhin die Einrichtung eines Personalausschusses, der bei Neubesetzungen von Stellen Bewerbungen sichtet und den Oberbürgermeister berät und von Vertretern aller Fraktionen besetzt ist.

Gendersprache

Wir lehnen strikt die Gendersprache ab. Sie „vergewaltigt“ nicht nur unsere Muttersprache und zertrümmert Texte bis zur Unlesbarkeit, sie will über die Manipulation der Sprache auch unser Denken im Sinne der Gender-Ideologie beeinflussen und kontrollieren.

Die AfD Wolfsburg hält die politisch-bürokratisch verordnete Nivellierung der Unterschiede zwischen Männern und Frauen für einen unzulässigen Eingriff des Staates in das private und gesellschaftliche Leben der Menschen, der überdies aus biologischen Gründen zum Scheitern verurteilt ist und eine Verschwendung von Steuergeldern darstellt.

Bei kommunalen Behörden und Schulen gilt die amtliche Rechtschreibung! Im privaten Bereich sei jedem freigestellt, wie er schreibt, auf amtlichen bzw. kommunalen Internetseiten und Veröffentlichungen ist die deutsche Sprache nach ihren grammatikalisch richtigen Regeln zu benutzen. Sogenannte Genderschreibweisen und unangebrachte Mischungen von deutscher und englischer Sprache („Denglisch“) im öffentlichen Bereich wollen wir unterbinden.

Keine politisch motivierte Umbenennung von Straßennamen:

Stigmatisierung und Tabuisierung der Vergangenheit taugen nicht dazu, sich differenziert und kritisch mit ihr auseinanderzusetzen. Namen von Straßen, Plätzen und Gebäuden sind mehr als nur Orientierung im öffentlichen Raum. Sie rufen historische Personen und Ereignisse wach. Sie erinnern, schaffen und vermitteln Bewusstsein für die eigene Geschichte und Kultur. Sie aus ideologischen Gründen umzubenennen, halten wir grundsätzlich für falsch. Diesen Fehler der DDR wollen wir nicht wiederholen.

Familien und Kinder haben Vorrang

Die Familie ist die Keimzelle der Gesellschaft.

Die Familie aus Mann, Frau und gemeinsamen Kindern bildet die soziale Keimzelle der bürgerlichen Gesellschaft und sichert den über Generationen gewachsenen gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Wir schützen und stärken die Familien übergreifend auch bei allen kommunalpolitischen Themen. Dafür sollen kommunale Leistungen und Verwaltungsabläufe systematisch auf Familienfreundlichkeit untersucht und angepasst werden.

Eine Zukunft haben wir nur mit unseren Kindern. Als Zukunftssicherung brauchen wir in unseren Kommunen eine systematische Kinder- und Familienfreundlichkeit, die die Entscheidung jedes Einzelnen für das Leben mit Kindern erleichtert. Dies trägt zur Sicherung von Entfaltungs- und Lebensräumen für Kinder bei.

Kindererziehung ist Privatsache

Die Erziehung der Kinder ist keine Staatsaufgabe. Wir begreifen unsere kulturell überlieferten Methoden in der Kindererziehung als Bereicherung für das eigene Leben und als besonderen Verdienst für die Gesellschaft. Es ist nicht die Aufgabe des Staates, Kinder zu erziehen, sondern der Eltern. Der Staat hat einen Bildungsauftrag, keinen Erziehungsauftrag. Allein den Eltern obliegt es ihre Kinder zu mündigen Staatsbürgern zu erziehen, die Freiheit und Verantwortung gleichwertig nebeneinanderstellen können. Der Tendenz, Kinder an Kindergärten und Schulen politisch zu indoktrinieren, stellen wir uns entschieden entgegen. Politische Weichenstellungen, die eine Bevorzugung der öffentlichen (staatlichen) Kinderbetreuung anstreben, lehnen wir ab. Wir stehen für eine echte Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung. Die sichere Bindung zu Bezugspersonen ist die Grundlage für eine gesunde und erfolgreiche Entwicklung vom Kleinkind an. Auch deswegen unterstützen wir die kleinkindliche Erziehung im Kreis der Familie oder durch Unterstützung von Tagesmutterbetreuung statt bedingungslosen Kindertagesstätte-Ausbaus.

Wir wenden uns weiterhin gegen die Frühsexualisierung der Kinder in den Schulen und den Kitas.

Die AfD Wolfsburg setzt sich für die vollständige Abschaffung von Kindergartengebühren ein, ohne an der Qualität der Kinderbetreuung zu sparen.

Wir wollen, dass Wolfsburg ein starker Standort der Innovation und Technologie bleibt und sich bei der Hochschulbildung als starker Partner in der Region ausbaut. Wolfsburg hat mit seinem international tätigen Automobilkonzern auch den Anspruch, Wissenschaftsstandort zu sein. Dies muss sich auch an der Qualität unserer Fachhochschule widerspiegeln.

Ehrenamtliches Engagement fördern

Wir wollen das Gemeinwesen fördern und die Wohn- und Lebensqualität in den Ortschaften verbessern. Neben den klassischen Einrichtungen wie Gemeindezentren, Kitas und Schulen sollen auf ehrenamtlicher Basis Treffpunkte mit vielfältigen Angeboten für Menschen aller sozialen Gruppen geschaffen werden.

Das dörfliche Leben wird durch ehrenamtlich engagierte Mitmenschen gestärkt, die z.B. in der Freiwilligen Feuerwehr, dem Deutschen Roten Kreuz und der Tafel aktiv sind. Wesentliche Träger ehrenamtlichen Engagements sind außerdem die klassischen Vereine, denen unser besonderes Augenmerk gilt. Hierzu gehören z.B. Sport-, Schützen-, Gesangs- und Kulturvereine.

Schule und Bildung

Bildung ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Zukunft. Als VW- und Universitätsstandort haben wir besten Voraussetzungen geschaffen unseren Generationen eine Zukunft zu bieten. Dabei ist es erste Verantwortung der Eltern, die Kinder in ihrer Neugier auf die Welt zu fördern. Die Bildungseinrichtungen haben die Aufgabe, dies bestmöglich zu unterstützen. Wir fordern: Bildung muss frei von Ideologie sein.

Schule und Ausbildung sollte als Abschluss eine vergleichbare, nachweisbare, abgeschlossene Qualifikation haben. Abschlüsse ohne Prüfung, ohne Noten und Zeugnis, ohne Nachweis ist nicht vergleichbar und kann unter Umständen dazu führen, dass der gesamte Schulabschluss entwertet wird.

Schulverpflegung

Die AfD legt Wert auf saisonale und regionale Verpflegung in den kommunalen Einrichtungen. Die Speise-Menüs sollen unabhängig von religiösen Vorgaben erstellt und nach ernährungsphysiologischen Gesichtspunkten gestaltet sein. Wir lehnen verpflichtende Veggie-Days und den Zwang zu Bioprodukten ab. Die Konsumenten sollen zwischen gleichwertigen Gerichten mit und ohne Fleisch wählen können.

Digitalisierung in den Schulen

Wir unterstützen eine für den Lehrbetrieb geeignete Digitalisierung der Schulen. Im 21. Jahrhundert muss eine leistungsfähige Schule selbstverständlich zeitgemäße Informationsverarbeitungssysteme sowohl für den Unterricht als auch für die Schulverwaltung nutzen.

Dafür sind die Schulen mit moderner Hard- und Software, sowie einer Breitband-Internetanbindung flächendeckend durch die Schulträger auszustatten. Die Einführung von speziellen Schulverwaltungsprogrammen, wie z.B. IServ, die die Kommunikation zwischen Lehrern, Schülern und Eltern erleichtern, ist zu unterstützen und auszubauen.

Dagegen lehnen wir die digitale Speicherung von Schulbüchern und die Erledigung aller Aufgaben ausschließlich auf Tablets ab, da sie zu einer Ablenkung vom zentralen Unterricht führen. Das gedruckte Schulbuch und das mündliche Unterrichtsgespräch können und dürfen nicht durch den Einsatz digitalisierter Medien wie Tablets ersetzt, sondern allenfalls ergänzt werden. Ein Heimunterricht darf nur eine Ausnahme, nie die Regel sein. Die kommunalen Schulträger haben zwingend die Systemadministration als Voraussetzung für eine erfolgreiche Digitalisierung zu gewährleisten. Das „Digitale Klassenbuch“ lehnen wir aus Datenschutzgründen ab.

Was Schule leisten soll

Die Alternative für Deutschland tritt für ein leistungsorientiertes, differenziertes, fachlich ausgerichtetes, entbürokratisiertes und durchlässiges Schulsystem mit wohnortnahen Grundschulen ein. Grundsätzlich wird damit die Rückkehr zu dem bewährten dreigliedrigen Schulsystem angestrebt, welches über Jahrzehnte durch hervorragende Bildungserfolge den Wohlstand Deutschlands sicherte und weltweit als Vorbild diente. Die völlig unnötige Abschaffung dieses erfolgreichen Schulsystems und die zunehmende Ersetzung durch eine ideologisierte Einheitsschule lehnt die Alternative für Deutschland damit entschieden ab. Wir machen unser Bildungssystem wieder so leistungsfähig, dass es den unterschiedlichen Begabungen und Bedürfnissen der Schüler gerecht wird.

Für den Erhalt der Förderschulen

Förderschulen wiederherstellen bzw. fördern, Inklusion begrenzen. Die bisherige Inklusion hat das niedersächsische Schulwesen ins Chaos gestürzt und viel Leid bei Schülern, Eltern und Lehrern in Niedersachsen angerichtet. Wir fordern deshalb die sofortige Rückabwicklung der radikalen Inklusion auf den Stand des Schulgesetzes vor 2012. Dies beinhaltet die uneingeschränkte Weiterführung der bewährten Einrichtungen. Die kommunalen Schulträger sollen sich in besonderem Maße für den Erhalt der Förderschulen einsetzen. Wir unterstützen die vor 2012 bereits bewährten Formen der Inklusion. Diese Inklusion mit Augenmaß erlaubt die Aufnahme in eine Regelschule bei entsprechendem Elternwunsch ausschließlich dann, wenn die Leistungsvoraussetzungen für die entsprechende Schulform gegeben sind. Es müssen die verbindlichen Regeln zur Leistungsbeurteilung und Versetzung gelten, jedoch ist bei Bedarf Unterstützung durch Förderschullehrer und pädagogische Mitarbeiter zu gewährleisten.

Ganztagsschulen

Ganztagsschulen lösen nicht unsere Probleme. Der verpflichtenden Ganztagschule wird zugeschrieben, Kinder aus Unterschichtmilieus herausführen zu können. Auch wenn diese Hoffnung sympathisch klingt, muss man nüchtern feststellen, dass Schule in der Wirklichkeit dafür nur bedingt geeignet ist. Die fehlenden sozialen Verbindungen der Schüler zur Familie, zu Vereinen und Freundschaftsgruppen kann von der Ganztagschule nicht ersetzt werden. Außerschulische Bildungs- und Betreuungsangebote können ihren begrenzten Beitrag zur Milderung der Probleme besser und gleichzeitig kostengünstiger leisten. Insbesondere darf die Leistung der Vereine in unseren Kommunen für die Entwicklung der Heranwachsenden und den Zusammenhalt der Gesellschaft nicht unterschätzt werden. Diese wertvolle gesellschaftliche Arbeit wird durch die verpflichtende Ganztagschule massiv gefährdet. Des Weiteren setzt sich die AfD Wolfsburg gegen das Modell „geschlossene (verpflichtenden) Ganztagschule“ ein.

Schwimmunterricht darf nicht aus organisatorischen Gründen vom Lehrplan der Schulen gestrichen werden. Schwimmunterricht muss fester Bestandteil des Grundschulsportes sein. Die AfD fordert, dass alle Schüler bis zum Ende ihrer Grundschulzeit schwimmen können.

Die AfD sieht die Notwendigkeit eines lebenslangen Lernens. Darum wollen wir die Erwachsenenbildung erhalten und fördern. Dabei ist die VHS zu unterstützen. Allerdings sollte die VHS sich konzeptionell neu aufstellen. Weniger, dafür gut besuchte Kurse statt Überangebot mit wenigen Schülern.

Einen eigenen Ausschuss „Bildungshaus“ sehen wir als entbehrlich an. Die nötigen Beschlüsse können ohne weiteres im Bürgerdienste-Ausschuss diskutiert und gefasst werden.

Musik ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Kultur. Die musikalische Bildung und das Musizieren wirken sich positiv auf die Entwicklung von Kindern aus. Die musikalische Früherziehung erfolgt am besten in den Musikschulen.

Wir setzen uns für bezahlbare Teilnahmegebühren an den Musikschulen ein, damit allen Kindern und Erwachsenen der Zugang zu den Musikschulen offensteht.

Sprachkompetenz

Sprachkompetenz muss Aufnahmekriterium für die Aufnahme an Regelschulen werden. Schüler mit guten deutschen Sprachkenntnissen dürfen infolge des massiven Zuzugs von Kindern, die kein oder kaum Deutsch sprechen, nicht in ihrer schulischen Entwicklung beeinträchtigt werden.

Schon jetzt haben vor allem islamische Migranten ungewöhnlich häufig schulische Probleme, die oftmals auch durch die schlechte Beherrschung der deutschen Sprache bedingt sind. Wir fordern daher vor der Aufnahme an einer Schule bei sprachlichen Defiziten den verpflichtenden Besuch und Abschluss entsprechender Sprachkurse, sowie bei großen kulturellen Unterschieden den ebenfalls verpflichtenden Besuch von Integrationskursen. Auch hier sind die kommunalen Schulträger gefragt. Fachliche Aufnahmevoraussetzungen und ausreichende Sprachkenntnisse für die verschiedenen Schulformen müssen auch von Schülern mit Migrationshintergrund nachweislich erfüllt werden.

Für eine vernunftorientierte Debattenkultur

Wir stehen im Geiste der Aufklärung und widerlegen Moralisten durch unsere Sachargumente. Die Wissenschaft steht über der Ideologie und das Recht über der Moral. Daher wollen wir einen Beitrag dazu leisten, mehr Sachlichkeit in die öffentliche Debatte zu tragen und sie zu entideologisieren. Öffentliche Debatten werden zunehmend moralisierend und durch schablonenhafte, axiomatische Scheinargumente geführt. Beispiele sind die Rassismus-, Klima- und Corona-Debatte. Diese Tendenz schadet unserer Demokratie.

Kultur

Die Alternative für Deutschland bekennt sich zur deutschen Leitkultur, die sich im Wesentlichen aus drei Quellen speist: Der Überlieferung des Christentums, der wissenschaftlich-humanistischen Tradition, deren antike Wurzeln in Renaissance und Aufklärung erneuert wurden, und dem römischen Recht, auf dem unser Rechtsstaat fußt.

Gemeinsam liegen diese Traditionen nicht nur unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung zugrunde, sondern prägen auch den alltäglichen Umgang der Menschen miteinander, das Verhältnis der Geschlechter und das Verhalten der Eltern gegenüber ihren Kindern. Die Ideologie des Multikulturalismus, die importierte kulturelle Strömungen auf geschichtsblinde Weise der einheimischen Kultur gleichstellt und deren Werte damit zutiefst relativiert, betrachtet die AfD als ernste Bedrohung für den sozialen Frieden und den Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit.

Ihr gegenüber müssen Staat und Zivilgesellschaft die deutsche kulturelle Identität als Leitkultur konsequent verteidigen.

Der Kulturausschuss der Stadt Wolfsburg muss die Frage beantworten, was unser kulturelles Erbe ist, was wir als Stadt fördern und somit an unsere Nachkommen weitergeben wollen. Die deutsche Sprache ist Grundlage unserer Kultur und sollte nicht durch Gendermainstream-Vorgaben geschädigt werden.

Die staatliche Förderung von kulturellen oder gesellschaftlichen Einrichtungen oder Vereinen trägt wesentlich zur Bildung unserer Bevölkerung bei. Die AfD Wolfsburg tritt entschieden dafür ein, dass Fördermittel nur an solche Vereinigungen vergeben werden, die ausdrücklich die freiheitlich, demokratische Grundordnung unseres Landes bejahen.

Regionale Kultureinrichtungen, Veranstaltungen und Vereine stärken die Identität und haben positive Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort. Kommunale Räume sollen Vereinen kostengünstig zur Verfügung stehen.

Feste und Traditionen erhalten

Regionale und traditionelle Feste und Umzüge schaffen Heimatverbundenheit und stärken das Gemeinschaftsgefühl. Die AfD setzt sich für den Erhalt dieser Traditionen ein und lehnt es ab, diese durch Umbenennungen, Umdeutungen oder Auflagen ihres Charakters zu berauben. Teure Sicherheitsauflagen (z.B. die „Merkel-Poller“) wegen der neuen Bedrohungen dürfen nicht Ehrenamtlichen, Vereinen oder Gewerbetreibenden aufgebürdet werden. Auch Feuerwerke oder Osterfeuer dürfen nicht der grünen Verbotspolitik zum Opfer fallen.

Asyl- und Einwanderungspolitik

Die AfD möchte bundesweit die Einwanderung bedarfsorientiert nach einem Punktesystem organisieren, damit keine Einwanderung in unsere Sozialsysteme entsteht. Fehlanreize sollen abgebaut werden.

Wenn Migranten aufgenommen werden, unabhängig vom Aufnahmegrund, so müssen diese dezentral untergebracht werden, da eine Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften nur soziale Brennpunkte entstehen lässt.

Soll Integration gelingen, müssen Einwanderer und Einheimische in Kontakt kommen. Da dies sich auf den angespannten Wohnungsmarkt auswirken wird, muss eine ehrliche Einschätzung erfolgen, wann die Aufnahmefähigkeit, die auch eine positive Integration verspricht, erschöpft ist.

Sichere Heimat statt sicherer Hafen

Wir nehmen den Beschluss (Resolution) „Seebrücke, Wolfsburg ein sicherer Hafen“ wieder zurück. Die AfD Wolfsburg stellt sich der unkontrollierten Einwanderung entschieden entgegen.

Dauerhaft Bleibeberechtigte wollen wir zügig in die Mehrheitsgesellschaft mit einbringen und integrieren und konzentrieren uns mit unseren Integrationsbemühungen auf diese Gruppe.

Wir unterstützen die Bemühungen des Landes Ausreisepflichtige in ihre Heimatländer zurückzuführen.

Wir gewähren zugewiesenen Bürgerkriegsflüchtlingen Schutz im Rahmen unserer Möglichkeiten solange der Schutzgrund besteht. Vor diesem Hintergrund muss auch die Rückkehrfähigkeit statt der Integration beachtet werden. Im Fokus von Bildungsmaßnahmen soll neben der Vermittlung von grundlegenden deutschen Sprachkenntnissen und unseren Werten vor allem der Erwerb von Fähigkeiten stehen, welche die Menschen nach der Rückkehr in ihr Heimatland benötigen.

Über das Integrationskonzept der Stadt Wolfsburg und dem Kulturentwicklungsplan werden wir Integration so steuern, dass Parallelgesellschaften vermieden und unsere Normen und Werte anerkannt werden. Integration ist für uns eine „Bringschuld“ der Zuwanderer und setzt das ehrliche Bestreben voraus, Teil unserer Gesellschaft zu werden statt in einer eigenen, parallelen Gesellschaft zu leben.

Die AfD spricht sich entschieden dagegen aus, die Aufnahme von Flüchtlingen in ein Ansiedlungsprogramm zu verwandeln. Diese Politik ist verantwortungslos. Bei der Aufnahme und Betreuung der Asylbewerber wollen wir deshalb den Lebensstandard in den Heimatländern berücksichtigen und nach dem Vorbild der anderen europäischen Staaten die Anreize zum Asylmissbrauch weitestgehend reduzieren. Der sparsame Umgang mit Steuergeldern muss auch bei den Asylkosten gelten. Ferner muss zur Bewahrung des sozialen Friedens die Verhältnismäßigkeit der „Flüchtlings“-Zuwendungen zu der staatlichen Unterstützung bedürftiger Einheimischer beachtet werden.

Familienzusammenführungen für unbegleitete minderjährige Ausländer können in sicheren Drittstaaten außerhalb von Deutschland stattfinden. Den Missbrauch sogenannter Ankerkindern, die nach Deutschland vorausgeschickt werden, um dann eine Einreise der restlichen Familie auf „legalem“ Weg zu ermöglichen, wollen wir konsequent unterbinden.

Leistungen können nicht unabhängig vom Aufenthaltsstatus sein. Die Stadt muss sich wegen der knappen Ressourcen die ihr zur Verfügung stehen bei ihren Integrationsbemühungen auf diejenigen mit einer klaren Bleibeperspektive konzentrieren.

Wir fordern, die Abschiebehafte für ausreisepflichtige Personen bis zur tatsächlichen Ausreise zu vollziehen, damit sie sich nicht der Ausreise entziehen können.

Wir werden sämtliche Geldzahlungen an Personen ohne Aufenthaltsrecht in Deutschland einstellen.

Der politische Islam gehört nicht zu Deutschland

In seiner Ausbreitung und in der Präsenz einer ständig wachsenden Zahl von nicht integrierbaren Migranten sieht die AfD eine große Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Werteordnung. Ein Islam, der unsere Rechtsordnung nicht anerkennt und einen Herrschaftsanspruch als alleingültige und nicht säkularisierte Religion erhebt, ist mit unserem Grundgesetz und unserer Kultur unvereinbar. Viele Muslime leben rechtstreu und integriert und sind akzeptierte und geschätzte Mitglieder unserer Gesellschaft.

Demokratiefeindlichem Islamismus entgegentreten Unser Land – Unsere Regeln!

In Deutschland gibt es tausende radikaler Salafisten, die in ausländisch finanzierten Moscheen Hass gegen „Ungläubige“ predigen. Auch in Niedersachsen geht eine große Zahl staats- und deutschfeindlicher Islamisten unbehelligt ihren Aktivitäten nach, Terrorzellen haben sich gebildet. Die Religionsfreiheit gilt aber nicht unbegrenzt und findet ihre Schranken in der freiheitlich demokratischen Grundordnung. Ein radikaler Islam, der Aufklärung, Demokratie und europäische Lebensweise nicht achtet, ist somit in Deutschland nicht durch die Religionsfreiheit geschützt und kann als verfassungsfeindlich unterbunden werden.

Die Vereinnahmung des öffentlichen Raumes durch den radikalen Islam werden wir unterbinden. Hierzu gehört auch ein Verbot der Errichtung von Minaretten und die Beschallung durch den Ruf des Muezzins. Wir setzen uns dafür ein, dass wiederholtes integrationswidriges Verhalten, wie z.B das Verteilen islamistischer Propaganda aufenthaltsrechtliche Konsequenzen hat.

Die AfD Wolfsburg ist gegen die Vollverschleierung sowie gegen das Tragen des Kopftuches in öffentlichen Gebäuden und Schulen.

Die Unterstützung von verfassungsfeindlichen Religionsgemeinschaften durch finanzielle Förderung, verbilligte Überlassung von Grundstücken oder vereinfachte Genehmigungen lehnt die AfD ab.

Eine kommunale Finanzierung gesonderter islamischer Kinderbetreuung darf nicht erfolgen, da hierdurch Segregation gefördert wird.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Steuerbegünstigung islamistischer Organisationen beendet wird.

Das Gesetz steht über der Religion

Verfassungsfeindlichen Vereinen werden wir den Bau und Betrieb von Moscheen verwehren.

Die Finanzierung von Moscheen aus dem Ausland wollen wir unterbinden.

Die AfD wird sich auf allen Ebenen insbesondere für die Ausweisung radikaler Imame einsetzen.

Eine Unterwanderung von Politik und Gesellschaft durch radikalisierte Gruppen ist zu unterbinden. Terrorzellen stellen wir uns entschlossen entgegen und unterstützen den Staat dabei, diese große Gefahr abzuwehren.

Das Fernbleiben islamischer Mädchen vom Sportunterricht oder Klassenfahrten soll von der Stadt nicht toleriert werden. Niemand bekommt hier einen Extrastatus und die Freiheit der Frau ist für uns nicht verhandelbar. Auch die Tendenz, dass islamische Frauen gesonderte Schwimmzeiten bekommen, ist eine nicht hinnehmbare Segregationserscheinung.

Es sollten Hilfsangebote für von Zwangsheirat bedrohte Mädchen oder gefährdete Apostaten geschaffen werden
Schutz und Beratung soll durch eine sensible Anlaufstelle gewährleistet werden.

In Asylheimen ist darauf zu achten, dass keine religiös-sozialer Einfluss auf christliche oder gemäßigte, muslimische Asylbewerber durch Radikale ausgeübt wird. Dies kann durch Bedrohung, Mobbing, Gewalt, Benachteiligung und ständigen Demütigungsritualen geschehen. Durch ein regelmäßiges Ansprechen solcher Probleme und sofortiger konsequenter Vorgehensweise gegen die Täter, bei Bekanntwerden solcher Vorfälle, werden wir diesem Problem begegnen.

Kinderehen oder Genitalverstümmelungen werden wir auf allen Ebenen bekämpfen.

Sicherheit für unsere Bürger

Die Sicherheit und der Schutz der Bürger vor Gewalt und Kriminalität muss gewährleistet sein. Die AfD fordert die Personal- und Sachausstattung der Polizeidienststellen zu prüfen und ggf. zu verbessern. Wir befürworten eine enge Zusammenarbeit zwischen den Polizeibehörden und dem kommunalen Ordnungsdienst und die konsequente Anwendung der Gesetze. Angriffe auf Polizisten sind Angriffe auf den Staat sind nicht zu tolerieren. Wir stärken die öffentliche Ordnung und stellen uns vor unsere Polizei.

Wir lehnen jede Form von Extremismus und Angriffe auf die bürgerliche Ordnung ab. Geltendes Recht muss ausnahmslos und uneingeschränkt auf alle angewendet werden.

Wir bekämpfen die Feinde der Demokratie, seien es ideologische und religiöse Fanatiker, kriminelle Einzeltäter oder Banden. Den kommunistischen Gewalttätern der Antifa treten wir entschieden entgegen und werden die Verherrlichung ihrer verfassungsfeindlichen Ideologien unterbinden.

Wir stehen für mehr Sicherheit an kriminellen Schwerpunkten, Beleuchtung von dunklen Orten und mehr Präsenz des Ordnungsamtes. Sachbeschädigungen wie z.B. Graffiti-Sprayerei oder Müllablagerungen sollten mit empfindlichen Bußgeldern belangt werden.

Wo Kriminalitätsschwerpunkte sind, kann der Einsatz einer Videoüberwachung angebracht sein.

Auch müssen politische Parteien in ihrer öffentlichen Arbeit vor Angriffen von Störern, Saboteuren und Gewalttätern wirksam geschützt werden.

Altenpflege

In Zeiten von Sparzwängen und Privatisierungswellen ist es wichtig, dass alte Menschen bei der Unterbringung und Pflege nicht einer renditeorientierten Versorgung zum Opfer fallen. Gerade die Menschen, die durch ihre Lebensleistung das „Wirtschaftswunder Deutschland“ ermöglicht haben, dürfen heute nicht zu Spekulationsobjekten verkommen. Die AfD setzt sich dafür ein, dass kommunale Seniorenheime nicht weiter dem „Markt“ unterworfen werden, um damit die Haushalte der Kommunen zu sanieren. Pflegekräfte müssen von Bürokratie entlastet werden und ein besserer Pflegeschlüssel soll dafür sorgen, dass Pflegenden genug Zeit für die zu Pflegenden haben. Ausbildung und Weiterbildung ist zu fördern und eine gerechte Bezahlung ist die Grundlage dafür, dass sich genug Menschen für diese verantwortungsvolle Aufgabe entscheiden.

Wir wollen gezielt Mehrgenerationen-Projekte in Planungen mit einbringen und umsetzen.

Schwere Fehler in der Familienpolitik der letzten Jahrzehnte führen zu einer demographischen Entwicklung mit einer Erhöhung der Anzahl der Pflegebedürftigen bei zu erwartender Verringerung der insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel. Dies ist eine enorme gesellschaftliche Herausforderung. Zugleich wünschen sich die meisten Menschen, so lange wie möglich im häuslichen Umfeld gepflegt zu werden. Aus diesem Grund setzt sich die AfD ganz besonders für die Interessen von pflegebedürftigen Menschen, pflegenden Angehörigen und Pflegefachkräften ein. Gerade die häusliche Pflege muss gestärkt werden!

Palliativmedizin

Jedem Bürger, dessen Leben zu Ende geht, muss die Möglichkeit gegeben werden, mit so wenig Schmerzen, Angst und Leid wie möglich zu sterben. Wir setzen uns dafür ein das Angebot von palliativmedizinischen Kliniken, Hospizen und mobiler Palliativversorgung nachhaltig zu fördern und auszubauen. Insbesondere der Ausbau von mobiler Palliativversorgung ist aus unserer Sicht zurzeit unzureichend und ist auf jeden Fall einer klinischen Versorgung vorzuziehen. Hierfür ist verstärkte Aus- und Weiterbildungen sowohl von Ärzten als auch Assistenzpersonal nötig.

Krankenhaus und Gesundheit

Wir wollen die Krankenhaushygiene nach dem Vorbild der Niederlande verbessern und streben daher ein Programm gegen multiresistente Keime an. Wir setzen uns für eine Stärkung des Klinikums z.B. in der Krebsbehandlung durch modernere Gerätschaften ein.

Es gibt durch den Mangel an Ärzten, die die Deutsche Sprache nicht komplett beherrschen. Dies führt zu einer erheblichen Unsicherheit bei Patienten, die oft ihr Leiden nicht richtig vermitteln können oder sich missverstanden fühlen. Dies darf nicht sein. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass Patienten immer klar verstanden werden und sich sicher aufgehoben fühlen.

Beim Werben von Fachkräften soll der geförderte Spracherwerb als zusätzlicher Anreiz gezielt eingesetzt werden.

Digitale Hilfslösungen, wie Tablets mit Übersetzungsfunktion oder online-Dolmetscher-Hilfe können für einen Übergangszeitraum eine Hilfe sein.

Hebammen aktiv unterstützen

Die AfD will die Geburt zu Hause oder in Geburtshäusern als alternatives Angebot erhalten. Ausgleichszahlungen oder der Sicherstellungszuschlag lösen das grundsätzliche Problem immer weiter steigender Haftpflichtprämien nicht.

Wir fordern daher, die freiberuflich tätigen Hebammen von der Berufshaftpflichtversicherung zu entlasten und die Kosten durch das Land oder die Kommune übernehmen zu lassen.

Auch sollten Hebammen und andere im Einsatz befindliche Dienstleister des Gesundheitswesens grundsätzlich von Parkgebühren für ihre Fahrzeuge befreit werden.

Pflegeschule

Wir wollen die Pflegeschule stärken und mehr Menschen für diese Aufgabe begeistern indem wir gute Voraussetzungen schaffen. (kostenloses Wohnen, kostenlose Nutzung der ÖPNV für mind. 1 Jahr).

Corona

Wir sind dafür, dass die Kinder wieder Maskenfrei am normalen Regelschulbetrieb teilnehmen und die AfD wird sich auf Landesebene dafür einsetzen. Aufgrund der Kosten und Sinnlosigkeit lehnen wir flächendeckende Luftfiltersysteme in Klassenräumen an den kommunalen Schulen ab.

Wir haben auf sinnvolle Alternativen zur Lockdown-Strategie der Regierung in unserer Resolution „Lockdown beenden, Risikogruppen schützen“ vom April 2021 hingewiesen.

Unsere Linie kennzeichnet sich vor allem dadurch, dass wir den Menschen ihre Eigenverantwortung für ihre Gesundheit und über die Schutzmaßnahmen, die Sie treffen wollen, zurückgeben möchten.

Eine Impfpflicht lehnen wir ab!

Stattdessen wollen wir, dass sich Bund, Länder und Gemeinden auf den Schutz der gefährdeten Risikogruppen konzentriert und die angespannte Situation in den Heimen und der Pflege in den Kliniken durch bessere Bezahlung, Anpassung der Pflegeschlüssel und allgemein bessere finanzielle Ausstattung statt der bisherigen Fallpauschalen entschärft.

Statt nur geimpften oder getesteten Menschen ihre Grundrechte wieder zurück zu geben, muss man allen Menschen ihre Grundrechte und ihre Freiheit wieder zurück geben!

Bewegung und Sport

Bewegung und sportliche Betätigung sind fester Teil des Lebens. Wir unterstützen sowohl den Schul- als auch den Vereinssport, weil beiden Bereichen eine entscheidende Rolle für die Gesundheit der Bevölkerung zukommt.

Wir wollen die Förderung der lokalen Sportvereine umstellen. So wollen wir die Hallennutzungsgebühren und die Gebühren für die Sportplatznutzung drastisch reduzieren und dafür die Förderung von Einzelmaßnahmen herunterfahren. So bekommt die Stadt genauso wie die Vereine eine dauerhaft planbare Finanzierungsgrundlage und Kostenkontrolle, ohne, dass in Zeiten von knappen Kassen die Förderung der Vereine leidet.

Nach dem Ende des Lockdowns muss der Vereinssport unbedingt wieder anlaufen! Wir möchten die Vereine dabei unterstützen, da Sport ein wichtiger Teil der Gesunderhaltung ist.

Der VfL Wolfsburg e.V. ist einer der größten Vereine in unserer Stadt. Es wird Zeit, dass der Verein das verwaiste VfL-Stadion am Elsterweg zu etwas Neuem entwickelt. Dies ist auch für die Stadtentwicklung an dieser zentralen Stelle wichtig. Darum wollen wir den Verein dabei unterstützen, den Stillstand der Immobilie zu beenden. Eine Brache über weitere Jahre schadet dem Erscheinungsbild unserer Stadt.

Die Stadt sollte noch mehr Möglichkeiten schaffen und fördern, um qualifizierte Erzieher, Sportleiter und Trainer auszubilden (z.B. VHS-Kurse, mehr Angebote zur Juleica, Trainer C). Guter Sport braucht auch gut qualifizierte Trainer und Sportleiter! Darum wollen wir die Aus- und Fortbildung unterstützen.

Umwelt- und Naturschutz

Die AfD bekennt sich zu einer Umwelt- und Naturschutzpolitik, die sowohl die Belange der Natur als auch die Bedürfnisse des Menschen, als Teil der Natur, berücksichtigt. Wir wollen das Stadtgrün und Naherholungsgebiete erhalten und ausbauen, die Abholzung begrenzen und die Versiegelung neuer Flächen reduzieren. Wir wollen Insektenschutz auf verschiedenen Ebenen umsetzen. Um das Bienensterben zu reduzieren wollen wir die Nutzung von Pestiziden stark einschränken, sowie die Maht von Grünflächen so anpassen, dass Pflanzen sich aussähen können und genügend Natur vorhanden bleibt.

Kleingärten sind grüne Oasen der Vielfaltigkeit. Hier können Menschen Natur erfahren, ernten ihr eigenes Obst und Gemüse. Kleingärten sind aber auch ein Hort für Gemeinschaft, Familie und Vereinskultur. Darum wollen wir Kleingärten erhalten und fördern und da, wo Kleingärten einer Bebauung weichen sollen, zumindest für geeignete Ersatzflächen sorgen.

Wir wollen, dass Waldkonzept von 2011 so ändern, dass flächendeckend mit einheimischen Arten aufgeforstet wird und das die Entnahme von Holz möglichst schonend erfolgt (Rückegassen). Die Erzielung von wirtschaftlichen Gewinnen ist nachrangig dabei zu behandeln.

Die Fortwirtschaft sollte sich auf das Herausholen von Tod- und Käferholz konzentrieren. Eine Planung zur Verbesserung des Wasserhaushaltes ist zu beginnen.

Wir unterstützen die Aufforstung des Waldes im Sinne des „niedersächsischen Weges“.

Der Auslichtung des Waldes muss entgegengewirkt werden u.a. mit entsprechendem Bodenbewuchs. Mit der derzeitigen Waldbewirtschaftung sorgen wir für eine reduzierte Beschattung des Waldbodens und leisten einer Verrocknung des Bodens Vorschub.

Wald und heimische Wildtiere schützen und den positiven Wert der Jagd anerkennen

Der Wald ist ein unverzichtbarer Faktor für die menschliche Gesellschaft. Ein lebender Wald ist ein Umweltschützer ersten Ranges. Er ist ein bedeutsamer Faktor für die menschliche Erholung. Er ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Der Wald hat in den vergangenen Dürrejahre enorm gelitten. Die derzeit durch Bund und Land gewährten Aufforstungshilfen müssen für mindestens eine Dekade fortgesetzt werden. Wir stehen an der Seite der Jagdpächter und Jäger, denn diese leisten einen wichtigen Beitrag für den Natur- und Landschaftsschutz. Jagd und Forstwirtschaft im Einklang mit der Natur ist unser Ziel.

Wir befürworten einen Umbau kommunaler Wald-Monokulturen aus Fichten oder Kiefern in Mischwälder, die zu einem wesentlichen Teil aus heimischen Laubbäumen oder Tannen bestehen sollen. Problematische Arten wie Robinie und Roteiche sollen im Forst nicht gepflanzt werden. Wir sehen die Pflanzung von nicht-europäischen Arten kritisch und wollen sie gemäß den Vorgaben des Niedersächsischen Weges nicht erlauben.

Für die AfD sind Maßnahmen zur Förderung der Artenvielfalt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Ebenso unterstützen wir das Anlegen von kommunalen Blühwiesen und von Biotopverbundflächen auf den gemeindeeigenen Flächen. Die Daten dieser Flächen, wie Ort, Größe, Einsatz und Pflegeplan sind auf der Webseite der Gemeinde zu veröffentlichen. Es sind regionale Saatgutmischungen und Blühpflanzen zu verwenden. Die Verdrängung heimischer Pflanzen durch eingeschleppte Pflanzen (Neophyten) aus fremden Regionen wollen wir verhindern, insbesondere auf Ausgleichs- und Biotopflächen.

Das Mulchen von kommunalen Flächen wollen wir unterbinden. Das Mähgut der spät gemähten Straßenraine soll entnommen werden. Ohne diese Entnahme würden die Raine verfilzen und das Mähgut den konkurrenzschwachen Pflanzenarten das Licht nehmen. Die Gemeinde soll die Bürger bei der Planung und der Verwirklichung von Blühflächen durch Beratung unterstützen. Bei Neubau und Renovierung von Straßen wollen wir in Gebieten mit Krötenwanderung Kröten- und Kleintiertunneln vorsehen, um Amphibien und Kleintieren eine sichere Querung der Straßen zu ermöglichen.

Zum Schutz der heimischen Vögel, Fledermäuse und Insekten lehnen wir einen weiteren Ausbau von Windkraftanlagen in unserer Gemeinde ab.

Unsere bäuerlichen Familienbetriebe ernähren uns durch ihre Arbeit, sind Wertschöpfer, sowie Heimat- und Brauchtumpfleger. Sie gestalten und bewahren unsere weltweit einzigartige Natur und Kulturlandschaft. Die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Nutzflächen muss langfristig, umweltverträglich sowie werterhaltend sein, um auch künftigen Generationen die Lebensgrundlage zu sichern.

Die AfD ist für eine Verpachtung der gemeindeeigenen Äcker und Wiesen an die ortsansässigen landwirtschaftlichen Betriebe ohne Vorgabe der Bewirtschaftungsform (ökologisch oder konventionell).

Auf verpachteten Flächen wollen wir jedoch sicherstellen, dass besonders bienenschädliche Pflanzenschutzmittel, z.B. Neonikotinoide nicht mehr zum Einsatz kommen. Durch gezielte Förderung könnten andere Schutzmaßnahmen ergriffen werden, die den Schutz der Bienenvölker Rechnung trägt.

Aufgrund der EU Hygiene- und Bürokratievorschriften schlachten viele Metzger nicht mehr selbst. Regionale Schlachthöfe schließen und die Tiere werden zu entfernten Schlachtbetrieben transportiert. Mit Hygienevorschriften nach Maß und dem Abbau unnötiger Bürokratie wollen wir den örtlichen Metzgereien die eigene Schlachtung weiterhin ermöglichen. Die Kunden sollen auch in Zukunft beim örtlichen Metzger regionale Fleisch- und Wurstwaren kaufen können, der die Tiere der heimischen Bauern schlachtet und verarbeitet.

Das betäubungslose Schlachten (also Schächten) von Tieren lehnen wir ausnahmslos ab. Fleisch von solch zu Tode gequälten Tieren darf von der Stadt weder bezogen, vertrieben oder gefördert werden.

Eine weitere Verschärfung des Jagdgesetzes lehnen wir ab. Wir fordern unter anderem für die Bekämpfung der Afrikanische Schweinepest (ASP) den Einsatz von Nachtzielgeräten und Schalldämpfern bei der Jagd. Wir orientieren uns bei der Jagdausübung an dem Leitbild: „Wald mit Wild im Einklang mit der Natur“.

Weidetierhalter schützen – Wolfspopulation begrenzen

Bei der starken Vermehrung der Wolfspopulation zeigen sich nun die gravierenden Schattenseiten dieser neu angesiedelten Raubtiere. Hunderte Weidetierhalter sind in ihrer Existenz bedroht, da der Wolf nunmehr seinen Nahrungstisch auch auf die Nutztiere auf der Weide ausgedehnt hat. Frankreich und Schweden haben dem Rechnung getragen und eine Höchstzahl für Wölfe festgelegt: Frankreich 500, Schweden 350. Es wird Zeit, dass Deutschland diesem Beispiel folgt, um weiteren Schaden von den Weidetierhaltern abzuwenden.

Die Jagd liefert durch nachhaltige, gesunde Wildprodukte nicht nur einen Teil unserer Ernährung, sondern ist auch, zusammen mit den Schützen, ein Teil unseres Brauchtums und unserer Tradition. Darum darf es nicht passieren, dass die Waffenträger kriminalisiert und von den Behörden drangsaliert werden! Darum wenden wir uns gegen weitere, verschärfte Waffengesetze. Die Deutschen Waffengesetze sind sehr sicher und zählen bereits zu den strengsten der Welt. Eine noch schärfere Auslegung ist darum nicht notwendig.

Tiere sind fühlende Wesen und haben im privaten wie im kommerziellen Bereich ein Recht auf eine artgerechte Haltung. Für den Transport von Schlachttieren fordern wir zum Wohl der Tiere möglichst kurze Transportzeiten.

Klimabündnis

Die AfD steht für Umwelt und Heimatschutz, doch Klimapolitik ist kein Umweltschutz! Die AfD Wolfsburg fordert umgehend aus dem „Klimabündnis für Kommunen“ auszusteigen. In diesem Bündnis wird des Weiteren darauf abgezielt, dem Autofahrer aus ideologischen Gründen das Leben weiter schwer zu machen. Es geht natürlich auch um den CO₂ Ausstoß. Was als unerschütterliche Wahrheit streng wissenschaftlich daherkommt, kann als geschickte, ja geniale Propaganda enttarnt werden.

„Klimapolitische“ Alleingänge, welche Deutschland und seine Bürger im globalen Wettbewerb schwer belasten, lehnen wir ab!

Die Abwanderung von Industrie, der Verlust von Arbeitsplätzen und andere gravierende Auswirkungen wären eine akute Gefahr für unseren Wohlstand. Angesichts des geringen Anteils Deutschlands an den weltweiten Emissionen werden selbst weitreichende deutsche Anstrengungen zur Emissionsreduktion keinen messbaren Einfluss auf das Weltklima haben.

Klimaschutzbewegungen geben vor, für das Gemeinwohl zu handeln, sie versuchen jedoch unter dem Vorwand des Klimaschutzes ihre NGO-Vertreter in Ersatzparlamenten (z. B. Klimabeiräte) zu installieren, um somit Einfluss auf die kommunalen Parlamente zu erlangen.

Wir lehnen die unseriöse Ausrufung von Klimanotständen zur Legitimierung von Notstandsmaßnahmen ab. Schwankender politischer Aktionismus gefährdet die Planungssicherheit für Bürger, Handel und Gewerbe. Dies führt weiterhin dazu, dass Arbeitsplätze verloren gehen oder gar nicht erst entstehen. Die Energiewende hat zu einer Verdoppelung der Strompreise geführt. Die Versorgungssicherheit und die Netzstabilität (Stichwort „Dunkelflaute“) nehmen ab, weil durch den zunehmenden Anteil von Wind- und Solarstrom die Strombereitstellung kritischen Schwankungen unterliegt. Wir setzen uns dafür ein, dass die kommunalen Stromanbieter den Endverbrauchern neben den Tarifen für Ökostrom einen zusätzlichen deutlich günstigeren Tarif vollständig aus konventionellen Kraftwerken anbieten.

Die energetische Ertüchtigung kommunaler Gebäude ist maßvoll auszuführen. Lohnende energiesparende Investitionen, welche sich innerhalb der Gebäudenutzungsdauer amortisieren, werden von uns unterstützt. Energetische Berechnungen sind mit heutigen Standards und wissenschaftlichen Erkenntnissen zu bewerten. Emissionsminderung und Ressourcenschonung sollen ökologisch, sozial und marktwirtschaftlich nachhaltig sein.

Umwelt und Energie

Das Klima in allen Klimazonen der Erde - von tropisch bis polar - wandelt sich naturgesetzlich seitdem die Erde besteht. Die Veränderung des Klimas hat in erster Linie kosmische Gründe, vor allem Schwankungen der Einstrahlung der Sonne, ein nennenswerter Einfluss des Menschen ist nicht gegeben. Klimaschutzpolitik ist daher ein Irrweg, auch weil sie die positiven Effekte steigender CO₂-Konzentrationen nicht berücksichtigt. CO₂ ist die Grundlage allen Lebens auf der Erde, denn aus CO₂ bauen Pflanzen die Biomasse, von der Tiere und Menschen leben. Durch den steigenden CO₂-Anteil in der Atmosphäre kam es bereits zu einem Ergrünen der Erde, und die Möglichkeiten für die Welternährung haben sich deutlich verbessert.

Die Bemühungen, die Emission von CO₂ durch den Übergang zu den sog. „erneuerbaren“ Energien zu verringern, zerstören die Grundlagen unseres Wohlstands. Die Klimahysterie in Deutschland führt zur großflächigen Zerstörung der Natur, z.B. durch Maismonokulturen, Windräder und Solarparks. Wir lehnen daher ideologisch geprägte Maßnahmen zum sog. Klimaschutz ab, insbesondere auch die Planstellen für die sog. „Klimabeauftragten“.

Solarstrom müssen Bürger und Wirtschaft über die EEG-Subventionen finanzieren. Landwirtschaftliche Flächen werden in weitläufige Energieindustrieregionen umgewandelt. Konventionelle Kraftwerke kann der volatile Solarstrom aber nicht ersetzen, da es kaum wirtschaftlichen elektrischen Energiespeicher gibt. Er bleibt daher Zufallsstrom.

Darum ist Solarstrom lediglich eine Ergänzung zum Strom-Mix und der Bau von Solardächern auf öffentlichen Gebäuden muss unbedingt auf seine Wirtschaftlichkeit geprüft werden, bevor man generell Dächer damit ausstattet.

Dem Fracking stehen wir weiterhin negativ gegenüber. Möglichen Ansinnen, in oder um Wolfsburg Erdöl durch Fracking zu fördern, würden wir uns entgegenstellen.

Unwirtschaftliche Alt-Windenergieanlagen zurückbauen

Vermeehrt tritt der Fall ein, dass bei Windkraftanlagen der 20-jährige Zeitraum der Subventionierung abläuft. Es ist in den meisten Fällen nicht gelungen, im Anschluss an den Subventionierungszeitraum einen marktfähigen Betrieb dieser Anlagen zu erreichen. Eine weitere Subventionierung von Anlagen, die keine Aussicht auf einen wirtschaftlichen Betrieb erwarten lassen, lehnen wir entschieden ab. Diese Anlagen müssen einschließlich der Fundamente vollständig zurückgebaut werden. Ein weiterer Zubau von Windkraftanlagen ergibt keinen Sinn, denn da die neuen Anlagen den Strom zur falschen Zeit liefern würden (wie die bestehenden auch), führt das nur noch dazu, dass die Anteile an „Geisterstrom“ (also Strom, der geliefert werden könnte, aber nicht geliefert wird, da er nicht verwertet werden kann) und Strom, der zu negativen Preisen in das Ausland abgeschoben werden muss, weiter steigt. Abgesehen davon, dass sich die Betreiber der Anlagen weiter die Taschen füllen ohne einen Nutzen, weder für die Energieversorgung noch auch für den sog. „Klimaschutz“, bringt das nur eine weitere Erhöhung der Kosten für die Allgemeinheit nach dem Prinzip der Umverteilung von unten nach oben. Die Ausweisung weiterer Flächen für Windkraftanlagen im Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP) wird daher abgelehnt. Wir fordern für die bereits bestehenden Windkraftanlagen unter 2,5 km Entfernung zu bewohnten Gebäuden eine Nachtabschaltung von 20.00 bis 6.00 Uhr.

Wir wollen keine Windenergieanlagen auf sensiblen Flächen und keine Stromtrassenführung, die Waldflächen vernichtet.

Die AfD setzt sich für den Schutz von Bürgern, Wirtschaft und Umwelt ein. Deshalb stehen wir für eine restriktive Auslegung der Gesetze und Vorschriften: Keine Genehmigungen für Windanlagen in Wald- oder Schutzgebieten und insbesondere keine Ausnahmen von der 10H Regel, beim Tierschutz oder bei Vorschriften zum Rückbau ausgedienter Anlagen.

Die Abstände zur Wohnbebauung von Windrädern muss sich daran orientieren, dass die Bewohner keinem Gesundheitsrisiko ausgesetzt werden! Bei einem Meter Höhe wäre der sichere Abstand 10 Meter. Bei 200 Meter Höhe dementsprechend 2000 Meter Abstand!

Wir wehren uns gegen den Verbrauch und die Zerstörung von Landschaft und Natur im ländlichen Raum für eine unzuverlässige Energieversorgung, um das „grüne Gewissen“ der Großstädter zu befriedigen.

Für den Strom aus Windkraft müssen Bürger und Wirtschaft eine Energiewende finanzieren, die das Töten von Vögeln, Fledermäusen und Insekten, die Schädigung von Mensch und Tier durch Infraschall sowie die Verschandlung der Landschaft mit sich bringt. Wirtschaftliche Stromspeicher gibt es jedoch nicht, folglich kann volatiler Strom aus Windkraft auch kein konventionelles Kraftwerk ersetzen.

Daher setzt sich die AfD für die Modernisierung und gegebenenfalls Erneuerung der lokalen, konventionellen Kraftwerke ein.

Autostadt Wolfsburg

Die etablierten Parteien wünschen sich: „Die autogerechte Stadt hat ausgedient.“ Das Fahrrad soll die gleichen Rechte haben wie das Auto“.

Wir dagegen setzen uns für die Autostadt ein!

Das Auto muss in dieser Stadt immer weiterhin eine besondere Stellung haben. Wir wehren uns dagegen aus der Autostadt eine mobile Stadt zu machen, wo das Fahrrad oder der Bus in den Vordergrund treten soll. Volkswagen ist hier der größte Arbeitgeber und das muss erhalten bleiben.

Elektroautos können derzeit und in absehbarer Zukunft Kfz mit Verbrennungsmotor nur in geringem Umfang ersetzen. Lademöglichkeiten fehlen. Das Stromnetz müsste erst aufwendig ertüchtigt werden, um den zusätzlichen Strom verkraften zu können. Darum darf der Verbrennungsmotor nicht vorschnell beerdigt werden.

Bis die Infrastruktur aufgebaut ist, wird das Fahren mit Elektroautos noch nicht für alle möglich sein. Auch hat der Verbrennungsmotor, sowie die Kraftstoffe noch Entwicklungspotential.

Eine Diskriminierung konventioneller Fahrzeuge gegenüber Elektrofahrzeugen beim Parken und Sonderfahrspuren für Elektrofahrzeuge lehnen wir ab.

Es darf auch keine Fahrverbote in „Umweltzonen“ für Dieselaautos geben.

Tempolimits einzuführen, um den darin benachteiligten Elektrofahrzeugen den Malus zu nehmen, erteilen wir eine Absage! Eine rein ideologisch geprägte Verkehrspolitik wird es mit der AfD nicht geben!

Verkehr

Die AfD fordert den Ausbau des St. Annen Knotens kreuzungsfrei sowie eine Anbindung der B188 an die Marie-Curie-Allee vor Vorsfelde. So leiten wir einen Teil des Verkehrs auf die Dieselstraße ab und verhindern so, dass es auf der Berliner Brücke zu einer zu großen Verkehrsbelastung kommt. Eine Verlegung der B188 durch den Drömling lehnen wir aufgrund des ökologischen Risikos weiterhin ab.

Die Umgehung zwischen Reislingen und Neuhaus muss umgesetzt werden.

Die Dieselstraße muss vor der Umgestaltung der Nordhoff-Achse ausgebaut und für den höheren Verkehr ertüchtigt werden. Bevor neben der Heinrich-Nordhoff-Straße

Wohnungen oder Büros gebaut werden, muss die Verkehrssituation den neuen Anforderungen angepasst werden. Dazu gehört auch, dass geklärt ist, wo die Mitarbeiter von Volkswagen parken sollen. Dabei verbietet es sich unserer Meinung nach, lediglich große Parkpaletten zwischen die vorhandene Wohnbebauung südlich der Heinrich-Nordhoff-Straße zu bauen.

Wir wollen die Innenstädte für Autos offenhalten und können uns Tempo 30 nur in bestimmten Bereichen vorstellen jedoch nicht generell.

Der Ausbau der A39 mit dem Lückenschluss nach Lüneburg muss umgesetzt werden! Dabei ist auf zusätzlichen Lärmschutz zu achten.

Der Verkehrsfluss auf den Durchgangsstraßen soll durch intelligente Schaltung der Ampelanlagen verbessert werden, dadurch können in Städten die täglichen Stunden mit Stop-and-Go vermieden werden. Ein Gewinn für Fahrer und Passanten.

Verkehrstechnische Maßnahmen mit dem Ziel, den Individualverkehr künstlich zu behindern, lehnen wir grundsätzlich ab.
Die individuelle Mobilität soll auch in Zukunft ihren berechtigten Platz haben.
Die AfD lehnt es ab, die verschiedenen Verkehrsträger gegeneinander auszuspielen.

Die Nutzung von Fahrrad und Bus muss freiwillig bleiben, soll aber durch kommunale Maßnahmen unterstützt werden.

Ausreichende Parkmöglichkeiten auch in den Ortsteilen und im Stadtzentrum sind für die Erreichbarkeit dieser Zentren unverzichtbar.

Außerdem sollten abseits von Unfallschwerpunkten Ampelanlagen in Zeiten geringen Verkehrsaufkommens grundsätzlich abgeschaltet werden.

Geschwindigkeitskontrollen dienen der Verkehrssicherheit, nicht den Kommunal финанzen. Daher setzen wir uns dafür ein, ortsfeste Radarfallen durch vorangestellte Hinweisanlagen zu ergänzen oder sie zu ersetzen.

In Kästorf setzen wir auf einen Kreisel statt auf eine Ampellösung.

Park-and-Ride-Möglichkeiten wollen wir sinnvoll mit dem ÖPNV verbinden, wo dies im Hinblick auf den Flächenverbrauch möglich ist.

Bevor aber vor den Toren der Stadt große Car-Parks entstehen, wollen wir die Menschen dabei unterstützen, Fahrgemeinschaften zu gründen.

Die Anbindung, auch unserer Nachbarstädte, mit Stadtbahnen ist für uns noch nicht vom Tisch!

Die Idee der Bürgerbusse vorantreiben

Wir werden den Ausbau des sogenannten Bürgerbus-Netzes mit Kleinbussen vorantreiben. Eine logische Weiterentwicklung ist die Schaffung von Angeboten für flexible Ruf-Bus-Lösungen. Dadurch erschließen sich den Menschen weitere Einkaufsmöglichkeiten in Wohnortnähe. Das erweiterte Bürgerbus-Liniennetz erleichtert außerdem die medizinische Versorgung gerade von älteren Bürgern ohne eigenen PKW.

„Kostenlosen“, öffentlichen Nahverkehr lehnt die AfD ab.
Die Nutzung des ÖPNV erfolgt in erster Linie nicht aus finanziellen Gründen, sondern wenn dieser durch gute Angebote attraktiv ist.
Zudem ist „kostenlos“ ein Schwindel! Damit einige den ÖPNV kostenlos nutzen können, müssen alle Bürger- auch die, die den ÖPNV gar nicht nutzen über ihre Steuern und Abgaben das Angebot finanzieren. Wer den ÖPNV nutzt, der soll auch für den guten Service bezahlen. Verbilligte Tarife für Rentner, Schüler und Studenten sind aufgrund der sozialen Härte aber unverzichtbar.

Elektrobusse müssen nicht nur ideologisch gesetzten, umweltpolitischen Gesichtspunkten standhalten, sondern sich auch wirtschaftlich rechnen und da sie für die Mobilität der Bevölkerung unerlässlich sind auch den Anforderungen an die Versorgungssicherheit genügen. Busse, die im Winter ausfallen oder die mehr an der Ladesäule stehen, als Fahrgäste befördern, werden wir nicht mittragen.
Der ÖPNV wird vor allem an den Parametern Pünktlichkeit, Komfort, Sicherheit und Sauberkeit gemessen. Geschlossene Wartehäuschen mit Sitzgelegenheit und gut erreichbare Haltestellen sind für die Akzeptanz des ÖPNV wichtig.
Die anderen Fraktionen haben jahrelang von einem Ausbau des ÖPNV gesprochen. Zuletzt aber haben ihre Taten etwas Anderes gesagt: Der ÖPNV wurden 10% seiner Fahrstreckenleistung gestrichen. So droht eher ein Fahrgastschwund denn ein vermehrtes Umsteigen auf den Bus.

Radfahren ist gesund. Daher möchten wir den Radverkehr fördern, ohne in eine Anti-Auto-Politik zu verfallen.
Die Nutzung des Fahrrads ist ein Gewinn für die Gesundheit, die Umwelt, für die angespannte Verkehrssituation und den Tourismus.
Das erfordert jedoch die kontinuierliche Pflege der Radwege. Hereinragende Büsche und Fahrweg mit Wurzelschäden sind nicht akzeptabel.
Vorrangig fordern wir, kurze Lücken zwischen den vorhandenen Streckenabschnitten zu schließen. Gute Radfahrspuren liegen abseits der Hauptverkehrsstraßen und nicht darauf! Wo Radwege auf der normalen Straße geführt werden und durch Kennzeichnungen markiert sind, ist genügend Platz für beide Verkehrsteilnehmer vorzusehen. Physische Barrieren oder getrennte Führung sind aufgemalten Markierungen vorzuziehen.
Wir wollen jedoch kein Geld in Sonderprojekte wie „Rad-Schnellwege“ für Langstreckenverbindungen investieren, weil dies nur einigen wenigen Extrem-Radfahrern zugutekommt.
Radfahrer brauchen geschützte Abstellplätze als Schutz vor Vandalismus und Diebstahl, besonders am Bahnhof und zentralen Haltestellen.

Innenstadtentwicklung

Die Innenstadtentwicklung ist eine zentrale Herausforderung für Wolfsburg!
Der Porschestraße fehlt ein modernes Konzept und eine Strategie, diese so wichtige Einkaufsmeile wieder zu einem Anziehungspunkt zu machen.
Die Porschestraße muss unbedingt attraktiver werden und zum Verweilen einladen. Zahlreiche Leerstände und eine unübersichtliche Eigentümerstruktur sind große Hemmnisse, die Porschestraße zu einem modernen Stadtzentrum zu machen.
Es ist gut, dass die Volksbank nun mit den Entwürfen an der Schillergalerie und am Nordkopf ehrgeizige Projekte angestoßen hat. Dennoch reicht das nicht aus, um der Porschestraße ein neues Erscheinungsbild zu geben.
Wir wollen daher, dass mehr darüber nachgedacht wird, was Menschen zum

Verweilen in der Innenstadt motivieren könnte. Spielplätze und Grünanlagen könnten hier schon einiges verbessern. Die Plätze sind zu weiträumig, der Kundenstrom wird dadurch zu sehr vereinzelt.

Der Südkopf ist immer noch nicht zukunftsfähig aufgestellt. Hier sollte die Stadt den Eigentümern Vorschläge unterbreiten, wie dieser Bereich wieder attraktiviert werden kann. Die AfD Wolfsburg hat beispielsweise den Vorschlag gemacht, an die Post heran zu treten, um hier die Hauptpost unterzubringen. Die Parkmöglichkeiten sind am Südkopf ideal.

Die derzeitige Postfiliale ist schlicht nicht ausreichend für die Größe einer Stadt wie Wolfsburg. Hier sollten Gespräche geführt werden.

Infrastruktur und Wohnungsbau

Innenstadtentwicklung und Baulückenschließung ist einem Bauen auf der grünen Wiese vorzuziehen.

Die landwirtschaftlichen Nutzflächen sind Produktions- und Lebensgrundlagen, keine Spekulationsobjekte. Es muss besondere Hürden geben, diese in Bauland umzuwandeln.

Ebenso stellen wir uns vor, Flächen zu definieren, welche die Stadt nur bebauen darf, wenn sie einen Beschluss mit einer Zweidrittelmehrheit fasst. Dies könnten z.B. Bereiche am Klieversberg, am Schillerteich oder am VW-Bad sein.

Wir werden keiner Bebauung am Klieversberg oder am Schillerteich oder am Allersee zustimmen! Nachdem der Allerpark nun mit einem Hotel bebaut ist, droht nun der Bau einer weiteren Gastronomie am Nordufer. Wir wollen aber den Allersee als Erholungsraum im Grünen erhalten!

Der soziale sowie bezahlbare Wohnungsbau, vor allem vergünstigter Wohnraum und Eigentumserwerb für Familien muss stärker berücksichtigt werden. Dafür werden wir die kommunale Wohnungsgesellschaft stärken und die Vergabe von Erbbaugrundstücken nutzen, um günstiges Bauen zu erleichtern. Überbordende Vorschriften wollen wir zurückführen, weil z.B. Solardächer auf Neubauten Kostentreiber sind. Die AfD Wolfsburg setzt hier auf Freiwilligkeit.

Wir wollen, dass zuerst einmal die geplanten Wohnungsprojekte abgearbeitet werden, bevor neue Projekte angestoßen werden.

Wir wollen keine weiteren Großprojekte mehr starten, bevor die alten nicht entwickelt wurden. Für sozialen Wohnungsbau ist zuallererst der Staat verantwortlich. Die Stadt Wolfsburg hat mit der Neuland einen starken Partner, der sich hierauf konzentrieren sollte. Weiterhin muss es Priorität haben, mehr in die Sanierung des Altbestandes zu investieren.

Wir wollen bei der Stadtentwicklung darauf achten, dass der Flächenverbrauch nicht weiter steigt. Dem Wunsch nach ewigem Wachstum, den die SPD in den letzten Jahren oft genug formuliert hat, stellen wir unsere Idee entgegen, dass Wolfsburg sich konsolidiert, seine Stärken weiter ausbaut und seine Eigenart, eine „grüne Stadt“ zu sein, auch in Zukunft erhält!

Wir wollen nicht, dass unsere schönsten Grünanlagen und Erholungsgebiete und unsere wertvollsten Ackerflächen bebaut werden!

Zur Reduzierung der Zersiedelung und der Flächeninanspruchnahme wird zunehmend auf eine bauliche Verdichtung gesetzt.

Wir sind aber der Meinung, dass der Mensch ohne Natur in seinem Umfeld und seinem Alltag zu erleben, krank wird und man daher sehr vorsichtig bei der Nachverdichtung sein sollte. Maßgeblich sollte hierbei die Ermittlung eines Versiegelungsgrades eines Wohngebietes sein, welches sich nur in einem gewissen Rahmen verändern sollte. Dieser Rahmen ist durch den Rat der Stadt in einem Regelwerk vor der Bebauung zu definieren.

Wir wollen die Lebensqualität und ausreichend Grünflächen bewahren und eine maßvolle Verdichtung zielgerichtet zulassen. Bevorzugt behandelt werden soll die Aufstockung bestehender Gebäude oder das Bauen in zweiter Reihe auf den Dörfern, z.B. auf großen Grundstücken, um zusätzlichen Wohnraum zu schaffen.

Auf der anderen Seite sollen alle Möglichkeiten der Renaturierung und der Entsiegelung von Flächen genutzt werden, um der Natur wieder ein Stück zurück zu geben.

Ausgleichsmaßnahmen müssen zeitnah zwingend umgesetzt werden und sollten nur in Ausnahmefällen aufgerechnet und an völlig anderer Stelle erfolgen. So nah wie möglich den Ausgleich an der Stelle der Bebauung zu schaffen sollte das Ziel sein!

Wir wollen keine Mega-Bauprojekte mehr und wir wollen nicht, dass eng aneinander gestellte, hochgeschossige Flachdachgebäude im Würfeldesign unser Stadtgebiet verunstalten!

Die Vielfalt unserer Bürger darf sich ruhig auch in einer Vielfalt der Designs wiederfinden! Die Quadratur von Wolfsburg hat nun genug Spuren in unserer Stadt hinterlassen!

Wir wollen den Erhalt der historischen Charaktere in den Ortsteilen und daher den Erhalt und die Sanierung von denkmalgeschützten Häusern. Abbruch soll möglichst verhindert und eine sinnvolle Nutzung angestrebt werden. Wir wollen gewachsene Ortsbilder und Kulturlandschaften durch behutsame und der Örtlichkeit angepasste Bauplanungen erhalten.

Wo der Denkmalschutz mit anderen Schutzwürdigen Zielen kollidiert, z.B. bei An- oder Umbauten für Behinderte, barrierefreie Zugänge, wollen wir eine Schlichtungsstelle einrichten, die zwischen den verschiedenen Schutzwürdigen Sichtweisen vermittelt, damit die Behörden schneller zu einer Entscheidung kommen. Diese Schlichtungsstelle sollen auch Bürger einschalten können.

Wir wollen für neue Baugebiete eine geeignete Soziale und ethnische Durchmischung durchsetzen, damit sich „Problemviertel“ gar nicht erst entwickeln können! Dazu gehören neben Schulen und Kitas auch Mehrgenerationenhäuser, Altenpflegeeinrichtungen und Flüchtlingswohnungen. Dadurch beugen wir auch der Entwicklung vor, dass die wohlsituierten Bürger sich in Neubaugebiete ohne diese Einrichtungen verabschieden und sich in den älteren Wohngebieten prekäre Verhältnisse verfestigen.

Wohnortnahe Versorgung wollen wir sicherstellen (Post/Geldautomaten). Notfalls muss die Stadt intervenieren, um den Bürgern, gerade den Älteren eine fußläufige Infrastruktur zu erhalten. Post und Banken sollten sich ihrer Verantwortung nicht entziehen können indem Sie Filialen ausschließlich aufgrund von wirtschaftlichen Gesichtspunkten schließen.

Wenn eine Bebauung entschieden wurde, dann muss es deutlich schneller gehen!

Wir wollen die Gesamtdauer von Baugenehmigungen deutlich beschleunigen, die Durchführung vereinfachen und die zügige Einführung von digitalen Genehmigungsverfahren um die Bearbeitungsaufwände deutlich zu reduzieren. Zusätzlich halten wir verpflichtende Vorgaben an die Verwaltung für notwendig, durch eine Begrenzung der Bearbeitungszeiten für alle beteiligten Behörden die notwendigen Anreize für eine Umsetzung der Digitalisierung und Optimierungen in den Genehmigungsabläufen zu setzen.

Durch schlechtes Baustellenmanagement und verzögerte Investitionen werden die Kosten in die Höhe getrieben. Bauvorhaben sollten grundsätzlich zügig begonnen und fertig gestellt werden. Wir lehnen es ab, auf minimierte Bauzeiten und rasche Umsetzung zu verzichten, nur weil die Mittel aktuell nicht eingeplant sind oder ein langsamerer Baufortschritt bei oberflächlicher Betrachtung billiger ist.

Wir fordern deshalb, dass bei Ausschreibungen von vornherein auf möglichst kurze Bauzeiten und geringe Verkehrsbehinderungen Wert gelegt wird und dass Umleitungsstrecken währenddessen baustellenfrei bleiben.

Der Steimker Berg wartet seit vielen Jahren auf einen gültigen Bebauungsplan! Solche Genehmigungsverfahren sind nicht länger hinzunehmen.

In Wolfsburg wurden die Straßenausbaubeiträge auch dank der AfD-Fraktion abgeschafft. Dabei genehmigte sich die Stadt aber erhebliche Zusatzeinkünfte, denn die wegfallenden Einnahmen von ca. 460 000 Euro kompensierte sie deutlich über indem sie die Grundsteuer derart erhöhte, dass Mehreinnahmen von 2,5 Millionen Euro entstanden.

Nun hat die Stadt auch die Pflicht, diese Gelder für den Erhalt des Straßennetzes einzusetzen! Der Erhalt unseres Straßennetzes in gutem Zustand ist nun mehr als ohnehin schon die Schuld der Stadt gegenüber den Bürgern.

Hochwasserschutz ist Aufgabe der Kommune.

Während der letzten Starkregenereignisse hat sich gezeigt, dass hier in einigen Stadtgebieten noch Nachholbedarf besteht.

Ausreichend Rückhalteräume sind herzustellen. Fluss-Renaturierungen können hier hilfreich sein.

Umgekehrt häufen sich auch Zeiten der Dürre.

Die Stadt sollte Maßnahmen einleiten, Wasser länger zu halten, bevor es in die Rückhaltebecken oder die Kanalisation abfließt. Dies kann z.B. dadurch geschafft werden, indem man Drainagen zurückbaut oder spezielle, Wasser aufnehmende Pflanzungen anlegt.

Vorbeugender Katastrophenschutz fällt in die Zuständigkeit der Kommunen. Daraus ergibt sich eine besondere Verantwortung für die Förderung der Freiwilligen Feuerwehren und des technischen Hilfswerkes. Wir müssen die Attraktivität der Wehren erhöhen und die Ausstattung verbessern. Eine besondere Herausforderung in der Gefahrenabwehr ist die E-Mobilität, z.B. bei Fahrzeugbränden.

Familien beim Eigenheimbau unterstützen

Die AfD will den Wohnraum für junge Familien fördern und eine Infrastruktur schaffen, in der sich Kinder willkommen fühlen. Wir unterstützen daher eine Baupolitik, die eine bevorzugte Flächenzuweisung und eine vergünstigte Vergabe von Bauland an kinderreiche deutsche Familien vorsieht. Hierfür sind Erbpachtsverträgen aktiv zu nutzen. Das Mehrgenerationenwohnen wird von uns als Grundsatz in den Bauleit- und Flächennutzungsplanungen verankert.

Kommunale Finanzen, Steuern und öffentliche Ausgaben

Wir sind für Sparsamkeit und Transparenz im Umgang mit Steuermitteln. Es geht darum, die Verschwendung zu beenden und die Effizienz zu erhöhen. Wir vermeiden ein Haushaltssicherungserfahren in dem wir die Schulden zurückfahren. Einer weiteren Schuldenpolitik auf Kosten zukünftiger Generationen in Wolfsburg stimmt die AfD Wolfsburg nicht zu.

Schuldenabbau und Rücklagenbildung haben für uns Priorität.

Geringere Zinslasten durch reduzierte Schulden eröffnen neue finanzielle Spielräume für sinnvolle Zukunftsinvestitionen.

Steuern und Abgaben sind nicht zu erhöhen, sondern wie die Ausgaben auch zu senken.

Einer weiteren Steigerung der Grundsteuer, der Hundesteuer und sonstiger Steuern und Abgaben sowie Benutzungsgebühren, die deutlich über dem Inflationsausgleich steigen sollen, werden wir nicht zustimmen bis die Stadt sich der Steuergeldverschwendung gestellt- und diese beendet hat!

Die einzige Steuer, die wir anzupassen bereit sind, ist die Gewerbesteuer, da diese kleine Betriebe kaum stärker belastet, nur auf den Gewinn anfällt und seit etlichen Jahren schon nicht mehr erhöht wurde und im Vergleich zu den umliegenden Gemeinden niedriger ist, als in unserer Lage angemessen wäre.

Im Gegenzug erhalten die Unternehmen hier eine hervorragende Infrastruktur, welche die Stadt instand halten und entwickeln muss.

Wolfsburg steht vor einer immensen Verschuldung und enormen finanziellen Herausforderungen.

Jahrelang schieben wir hohe Investitionsvolumen als Investitionsstau vor uns her und haben es immer noch nicht geschafft, das strukturelle Defizit zu beseitigen.

Der Prozess, mit Unterstützung der Kommunalen Gesellschaft für Strukturwandel (KGST) hat erste Erfolge gebracht. Trotzdem sind noch viele Einsparmöglichkeiten nicht umgesetzt.

Die Stadt-Tochtergesellschaften sind z.B. noch gar nicht in diesem Prozess mit einbezogen worden. Wir wollen in dieser Legislaturperiode nun ganz genau auf diesen Bereich schauen und finanzielle Risiken erkennen und abstellen.

Sogenannte Schattenhaushalte und „Versorgungsposten“ müssen erkannt, analysiert und abgestellt werden.

Immer noch leistet sich Wolfsburg teure Prestigeobjekte und Strukturen, die wir uns angesichts unserer finanziellen Lage nicht mehr leisten können.

Die Kreditaufnahmen können nicht dauerhaft auf dem derzeitigen Niveau bleiben!

Die Aufteilung der Investitionen in ein Realisierungsprogramm und ein

Zukunftsprogramm war richtig. Nun muss es aber darum gehen, Investitionen zu streichen, die sich vor dem Hintergrund der finanziellen Lage ohnehin nicht mehr umsetzen lassen.

Was wir dem Sparzwang nicht opfern wollen, sind die städtischen Bäder und Freibäder. Die Eintrittspreise müssen moderat gehalten werden.

Die Bürger müssen den öffentlichen Dienst bezahlen. Daher haben sie einen Anspruch auf schlanke und effiziente Verwaltungsstrukturen. Wir wollen die Verwaltung im Sinne des Servicegedanken als Dienstleister für den Bürger neu ausrichten. Der Staat steht im Dienste der Bürger und nicht umgekehrt. Der Umfang des öffentlichen Dienstes muss auf das erforderliche Mindestmaß reduziert werden. Dazu gehört die Verringerung der Anzahl der Verwaltungsebenen wie aber auch die Verbesserung des internen Austauschs und die sachliche Überprüfung der Anzahl der Behörden. Außerdem müssen Behörden eine klare Aufgaben- und Verantwortungszuordnung aufweisen. Verwaltungsrichtlinien und Verordnungen wollen wir auf das für das gesellschaftliche Zusammenleben unbedingt Notwendige reduzieren. Sie müssen vereinfacht und vereinheitlicht werden. Der notwendige Datenaustausch der Behörden untereinander darf nicht durch übertriebenen Datenschutz behindert werden

Zuverlässige Kostenschätzung und eine rigide Projektdisziplin zur Vermeidung mittlerweile üblicher Kostenexplosionen und Budgetüberschreitungen muss vermieden werden.

Bei allen Bauvorhaben sind die langfristigen Kosten für Betrieb und Erhalt zu berücksichtigen. Renovierung und Erhalt von Bestandsgebäuden sollte die Regel vor einem Neubau von Gebäuden sein.

Kontinuierliche Instandhaltungen kommunaler Bauten und Infrastruktur sind wichtig, damit ein Sanierungsstau erst gar nicht entstehen kann und somit Kosten mittel- und langfristig nicht explodieren können. Besonders wichtig ist hierbei die regelmäßige Instandhaltung und priorisierte Sanierung der Schulen und der Sporthallen.

Vereinfachung von Vorschriften für kommunale Bauvorhaben zur Kostensenkung sollten geprüft werden, ebenso eine Standardisierung von Funktionsgebäuden. Ein einfaches Design statt anspruchsvoller Vorstellungen spart Kosten.

Wir fordern eine präzise wirtschaftliche Prüfung bei energetischen Sanierungen von kommunalen Gebäuden. Die vorzeitige Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf neue Leuchtmittel wollen wir nur nach sorgfältiger Wirtschaftlichkeitsprüfung durchführen.

Vermeidung von rein ideologisch geprägten Ausgaben (z.B. „Fair Trade-Gemeinde, Klimaschutzmanager, Klimabeirat, Weltoffene Kommune“, Anti-Kapitalismus-Projekte, Förderung illegaler Einwanderung, Werbung für die Legalisierung des Drogenmissbrauchs, verfassungsfeindliche Organisationen und Gruppen, wie die Antifa, Gender Mainstreaming und sexuelle Vielfalt, linke Pazifismusforschung, gendergerechte Sprache).

Wir sind nicht gegen gesellschaftlichen Pluralismus. Vielmehr sind wir Garanten dafür, dass jeder selbst entscheiden darf, wie er leben will, solange er anderen

dieses Recht ebenfalls zubilligt und der Gesellschaft mit seinem Verhalten keinen Schaden zufügt. Anders zu sein, ist allerdings keine Rechtfertigung dafür, Geld vom Staat zu erhalten.

Einbindung privater Investoren bei Bau- und Infrastrukturprojekten nur auf Basis einer klaren Rechts- und Vertragssituation. Die höhere Effizienz privater Unternehmen im Vergleich zu behördlichen Institutionen kann bei klarer Rechts- und Vertragssituation zu qualitativen und finanziellen Vorteilen führen.

Darum stehen wir ÖPP-Modellen offen gegenüber, wenn die Risiken klar benannt werden und der finanzielle Vorteil für die Stadt klar ersichtlich ist. Grundsätzlich muss aber vermieden werden, dass es dazu kommt, dass städtisches Vermögen an private Unternehmen verkauft und dann zurück gemietet wird, denn einerseits erwartet der Vertragspartner auch Gewinne, die über die Mieten erbracht werden müssen und andererseits birgt das Modell das Risiko, dass die Stadt solche Vermögen zu einem späteren Zeitpunkt wieder zurückkaufen muss. Oftmals ist dieses dann durch einen Sanierungsstau aufwendig wiederherzustellen. Es besteht außerdem die Gefahr, dass bei „Public-Private-Partnership-Modelle“ (PPP/ÖPP) Betriebskosten verschleiert werden und so die tatsächlichen Kosten höher sind, als konventionelle Vorhaben. Daher werden wir- sollten solche Modelle zum Einsatz kommen- diese sehr genau prüfen. Da bei der Vergabe oft große Bauunternehmen begünstigt werden, muss außerdem darauf geachtet werden, dass der Mittelstand vor Ort auch die Chance hat, den Zuschlag zu erhalten.

Ortsteilsprechstellen und Außenstellen der Bücherei sowie der Bücherbus gehören in Anbetracht der finanziellen Situation der Stadt auf den Prüfstand. Dadurch, dass die Verwaltung sich digitalisieren soll, wird hier auch Bedarf abgebaut.

Lokaler Einzelhandel in Zeiten nach dem Lockdown

Der AfD ist die Bedeutung attraktiver und lebendiger Innenstädte nachdrücklich bewusst. Wir setzen uns daher für einen vielfältigen Einzelhandel in den Innenstädten ein und stehen den lokalen Händlern zur Seite.

Wir wollen Bürokratieabbau statt weiterer Regelungen und Auflagen.

Wir wollen Fahrverbote oder Verkehrseinschränkungen in klassischen Einzelhandelsstraßen verhindern. Der Einzelhandel in der Innenstadt muss gut erreichbar sein!

Wir fordern kostenfreies Kurzzeitparken in Einzelhandelsstraßen.

Die Einführung eines Parkgebühren-Gutschriftensystems in Kooperation mit den örtlichen Einzelhändlern wollen wir prüfen.

Unbürokratische Förderung von Existenzgründungen und Neuansiedlungen sind zu gewähren.

Schaffung von neuen, virtuellen Möglichkeiten im Rahmen der Strategie „Wolfsburg Digital“ von virtuellen Marktplätzen, bis hin zu Karten, „Click and Meet“, „Ticketing“ usw. Daher setzen wir auf die bereits im Aufbau befindliche „Wolfsburg-App“ und weitere Bausteine aus der Digitalisierungsstrategie.

Gerade, weil sich durch Corona das Konsumverhalten möglicherweise nachhaltig auf das Onlinegeschäft verlagert hat, ist es wichtig, jetzt dem lokalen Einzelhandel unter die Arme zu greifen!

Wir müssen alle Möglichkeiten, ob online oder analog nutzen, um dem Einzelhandel das schnelle „Hochfahren“ der Geschäfte nach dem Lockdown wieder zu ermöglichen. Auch müssen wir den lokalen Einzelhandel dabei unterstützen, sich global aktivieren, aber wenig Steuern zahlenden Konzernen stellen zu können.

Die große Stärke des lokalen Handels ist seine Nähe und das Vertrauen, dass er bei den Kunden genießt. Hat man evtl. Bedenken, seine Daten einem Globalen Konzern anzuvertrauen, so besteht ein hohes Vertrauen in den lokalen, langjährig bekannten Händler. Wem gibt man wohl lieber seine biometrischen Daten um einen Anzug anzufertigen oder auf dem Kunden maßgeschneiderte Leistungen zu erbringen?

Des Weiteren hat die Flut von Paket-Lieferungen dazu geführt, dass Berge von Verpackungsmüll entstanden sind. Die Lokalen Händler könnten dagegen Verpackungsarm bis Verpackungsfrei liefern, was die Umwelt stark entlasten würde. Hier sollte zusammen mit den Händlern geschaut werden, wie sich eine solche Lieferung im Stadtgebiet umsetzen lassen könnte. Das würde auch das Müllvolumen in der Stadt deutlich reduzieren, was auf lange Sicht zu einer kostengünstigeren Müllentsorgung führen könnte.

Die Nähe zum Kunden könnte sich auch in anderer Hinsicht auszahlen: Wo die Post am Sonntag oder am Feiertag nichts von Amazon und Co liefert, könnte der lokale Einzelhandel Abholstationen bereithalten, welche in der normalen Geschäftszeit befüllt werden, die zuvor bestellte Ware aber jederzeit abgeholt werden könnte. Ein dicker Pluspunkt für die räumliche Nähe zum Kunden!

Der lokale Händler muss durch die Stadt und die WMG unterstützt werden, sichere, internetbasierte Handelswege zu eröffnen und auch Hilfe dabei bekommen, Flächen zu erhalten, um neue Angebote bereitzuhalten. Hier sind Ideen gefragt, für die die Stadt die Rahmenbedingungen schaffen kann.

Zur weiteren Unterstützung sollte die Stadt kommunale Flächen leichter für den Handel oder für Veranstaltungen zur Verfügung stellen, z.B. für Außengastronomie oder für Konzerte/ Kunstaktionen. Dabei sollte die Sondernutzungsgebühr für einen Übergangszeitraum entfallen.

Ziel sollte ein gesunder Branchenmix sein.

Digitalisierung

Die zunehmende Digitalisierung bietet der Verwaltung neue Möglichkeiten nach innen und außen. Die Digitalisierung interner Verwaltungsprozesse und die digitale Integration der Behörden untereinander soll weiter vorangetrieben werden, um die Mitarbeiter in den Behörden zu entlasten und Abläufe zu beschleunigen.

Wir unterstützen die Digitalisierung der Verwaltung und die Smart-City-Strategie, sowie das Programm „Wolfsburg Digital“.

Wir wollen die kommunalen Behörden mittelfristig durch Digitalisierung (E-Gouvernement) in die Lage versetzen, bürgerfreundliche und effiziente Verwaltungsdienste anzubieten.

Die Digitalisierung bietet auch ganz neue Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung und der Transparenz.

Dabei muss der Datenschutz jederzeit gewährleistet und oberstes Gut sein!
Wir wollen keine Weitergabe von Bürgerdaten durch die Gemeinde ohne ausdrückliche Erlaubnis der betroffenen Bürger.

Wir nutzen die Umsetzung der Digitalisierung, um die Bürgerrechte zu stärken.

Die Teilnahme am Bundes-Förderungsprogramm Smart-City begleiten wir aktiv und konstruktiv.

Ein besonderer Schlüssel wird die Wolfsburg-App sein an deren Entwicklung wir uns im Digitalbeirat weiter mit Ideen und Rat beteiligen werden.

Wir betrachten das Wolfsburger Glasfasernetz ebenfalls als Infrastruktur, die in hoheitliche Daseinsversorgung fällt. Darum begrüßen wir, dass die Stadtwerke, als Stadt-Tochtergesellschaft den Ausbau nun bis zum vollständigen Ausbau fort führt. Wo private Unternehmen sinnvoll ergänzen können, damit schneller ausgebaut werden kann, sollte man gemeinsame Wege vereinbaren.

Hoheitliche Aufgaben, Daseinsvorsorge und Privatisierung kommunaler Infrastruktur

Im marktwirtschaftlichen Wettbewerb ergeben sich die besten Leistungen. Das öffentliche Gut Wasser ist jedoch als unabdingbarer Bestandteil der Daseinsvorsorge eine kommunale Aufgabe.

Deshalb sprechen wir uns gegen die Veräußerung der kommunalen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung an private Investoren aus.

Wo dies dennoch geschieht, ist ein hohes Maß an Information und Kontrolle unabdingbar damit man nach Ende der Konzessionslaufzeit nicht dazu kommt, dass marode Infrastruktur an die Gemeinde zurückgeht. Berichtspflichten des Konzessionsnehmers sind unbedingt in die Verträge mit aufzunehmen.

Wir wollen den Erhaltungszustand (z. B. Verlustquote im Wassernetz und Zustand der Straßen) der kommunalen Infrastruktur offenlegen und eine langfristige Planung für die Erneuerung sicherstellen.

Wir sind für die Erforschung einer zukunftsfähigen Abwassertechnik zur kosteneffizienten Beseitigung von medizinischen Rückständen und anderen schwer abbaubaren Schadstoffen in kommunalen Abwässern.

Wirtschaft und Arbeit

Die AfD Wolfsburg wird den Unternehmergeist stärken und jede Möglichkeit nutzen, neue Arbeitsplätze in Wolfsburg zu schaffen. Deshalb sind Handwerk, der Handel, Dienstleistungsunternehmen kleine und mittelständische Unternehmen besonders zu fördern. Durch die Coronakrise ist unser Mittelstand in großer Gefahr und droht auszusterben. Wir werden uns in jeder politisch möglichen Form dafür einsetzen, dass der Mittelstand wieder uneingeschränkt öffnen kann.

Wir sorgen durch besser Infrastruktur und kompetente Ansprechpartner für gute Voraussetzungen für den Mittelstand.

Wir wollen geförderte Büroräume, kleinen Hallen, gute Infrastruktur und logistische Unterstützung für ansiedlungswillige Unternehmen und Start-ups zur Verfügung stellen.

Raum für Neuansiedlungen können im Zusammenschluss mit umliegenden Gemeinden interkommunale Gewerbegebiete bereitstellen, welche wir positiv sehen.

Die Ansiedlung von Unternehmen und Dienstleistern aus der Gesundheitswirtschaft, IT und Softwarefirmen wäre wünschenswert, um die Abhängigkeit von VW zu verringern. Hier könnte direktes Werben das Interesse von potentiellen Neuansiedlungen wecken.

Fusionen oder Eingemeindungen sehen wir weiterhin als mögliche Lösung an, Wolfsburg zukunftsfähig und stark aufzustellen, sowie begrenzten Räumen zu begegnen. Hier möchten wir weiter offen für Gespräche und mögliche Entwicklungen sein.

Soziales

Inwiefern die Notschlafstätten für obdachlose Menschen eine menschenwürdige Unterkunft ermöglichen, wollen wir prüfen und entsprechende Verbesserungen ermöglichen. In strengen Wintern könnte die Stadt einen Wärmebus bereitstellen.

Wir möchten weiterhin gemäß unserem Antrag einen speziell für Menschen mit Beeinträchtigung eingerichteten Spielplatz, der allen Bürgern offensteht. Hier soll auf die besonderen Bedürfnisse dieser Zielgruppe besonders eingegangen werden. Es sollte bei der Neugestaltung von Spielplätzen immer geprüft werden, ob Elemente an behindertengerechten Spielgeräten und Barrierefreiheit eingebaut werden können.

Gehwege müssen von störende Kanten und fehlende Absenkungen genauso befreit werden, wie unebene Gehwegplatten. Dies ist gerade für alte Menschen z.B. mit Rollatoren wichtig, um sich sicher im Stadtgebiet bewegen zu können.

Bei der Förderung im Rahmen der Jugendhilfe soll als Förderbedingung die Extremismusklausel eingeführt und beachtet werden. Vereine, Gruppen und Verbände, die dieser Klausel entgegenstehen sollten keine städtischen Förderungen erhalten.

Sozialleistungsbetrug wie dutzendfache Bürgschaften werden wir unterbinden. Wir fordern, dass Sozialbetrug, der z.B. durch vorgetäuschte oder verschwiegene Sachverhalte oder durch Meldung an mehreren Wohnorten begangen wird, endlich konsequent bestraft wird. Hierzu wollen wir unter anderem den innerbehördlichen Datenaustausch deutlich verbessern. Die Ordnungsbehörden der Kommunen müssen geltendes Recht umsetzen. Wenn durch pflichtwidriges Handeln ein finanzieller Schaden entstanden ist, werden wir die betreffenden Mitarbeiter oder Leiter von Behörden in Regress nehmen. So werden wir Verantwortliche, die unter Missachtung des Gesetzes unberechtigt Gelder an angeblich Bedürftige auszahlen, wegen Unterschlagung und Veruntreuung öffentlicher Finanzmittel zur Rechenschaft ziehen.